

Protokoll Nr. 07 vom 21. Oktober 2020

Vorsitz	Norbert Senn, Grossratspräsident, Romanshorn
Protokoll	Johanna Pilat, Parlamentsdienste (Traktanden 1 und 4) Jacqueline Martinelli, Parlamentsdienste (Traktanden 2 und 3)
Anwesend	122 Mitglieder
Beschlussfähigkeit	Der Rat ist beschlussfähig.
Ort	Rüegerholzhalle Frauenfeld
Zeit	09.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Tagesordnung

1. Kantonsbürgerrechtsgesuche (20/EB 1/52) Seite 3

2. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Guido Grütter und Daniel Eugster vom 28. August 2019 "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" (16/MO 41/408)
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung Seite 5

3. Interpellation von Andrea Vonlanthen, Aline Indergand und Hermann Lei vom 30. September 2019 "Feminisierung der PH und der Volksschule" (16/IN 49/422)
Beantwortung Seite 14

4. Interpellation von Kurt Egger, Peter Bühler, Hansjörg Haller, Stefan Leuthold und Sonja Wiesmann vom 8. Mai 2019 "Nachhaltig Investieren" (16/IN 45/371)
Beantwortung Seite 28

5. Interpellation von Toni Kappeler vom 4. Dezember 2019 "Pflanzenschutzmittel in unseren Gewässern und im Grundwasser" (16/IN 55/445)
Beantwortung Seite --

Erledigte

Traktanden: 1 bis 4

Entschuldigt Engeli Brigitta, Kreuzlingen
Hasler Cornelia, Aadorf
Imeri Alban, Romanshorn
Kuhn Petra, Tägerwilen
Mader Christian, Frauenfeld
Müller Barbara, Ettenhausen
Schläpfer Jörg, Frauenfeld
Vietze Kristiane, Frauenfeld

Vorzeitig weggegangen:

10.00 Uhr Feuerle Didi, Arbon
11.15 Uhr Bartel Ruedi, Balterswil
11.35 Uhr Sax Marianne, Frauenfeld

Präsident: Am 4. September 2020 ist alt Kantonsrat Otto Diener aus Eschenz im 72. Altersjahr gestorben. Er gehörte dem Grossen Rat von 1999 bis 2004 als Mitglied der CVP an. Während seiner Mitgliedschaft hat er in sechs Spezialkommissionen mitgewirkt, und er war von 2001 bis 2003 Mitglied des Büros.

Am 8. September 2020 ist alt Kantonsrat Hans Wacker aus Müllheim im 78. Altersjahr gestorben. Er gehörte dem Grossen Rat von 1980 bis 1988 als Mitglied der FDP-Fraktion an. Während seiner Mitgliedschaft hat er in 16 Spezialkommissionen mitgewirkt, und er war von 1984 bis 1988 Mitglied der Raumplanungskommission.

Ich bitte Sie, den Verstorbenen ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Ich stelle die heutige Tagesordnung zur Diskussion. **Stillschweigend genehmigt.**

Bereits im Informations-Bulletin wurden Sie über die geltende Maskentragepflicht und deren Handhabung informiert. Ich bedanke mich bei den Ratsmitgliedern und auch bei allen Personen, welche hier in der Halle ihre Arbeit verrichten, jetzt schon für das Verständnis und die Umsetzung der Vorgaben. Wir setzen mit der konsequenten Einhaltung so auch ein Zeichen für unsere Bevölkerung.

1. Kantonsbürgerrechtsgesuche (20/EB 1/52)

Eintreten

Präsident: Die Liste der Gesuche und den Bericht der Justizkommission haben Sie vorgängig erhalten. Da bedingt durch die Corona Pandemie keine Gäste und somit auch keine Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller anwesend sein dürfen, wird der Kommissionsbericht zwar nicht verlesen, im Protokoll aber wiedergegeben.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Der Grosse Rat ist gemäss § 40 Abs. 5 der Kantonsverfassung befugt, das Kantonsbürgerrecht zu verleihen. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (RB 141.1). Die Gesuche um die Erteilung des Kantonsbürgerrechts werden von der Justizkommission zuhanden des Grossen Rates vorberaten (§ 63 Abs. 1 Ziff. 5 der Geschäftsordnung des Grossen Rates).

Die Justizkommission hat die heute dem Grossen Rat vorliegenden Kantonsbürgerrechtsgesuche an ihrer Sitzung vom 14. September 2020 vorberaten, nachdem die entsprechenden Gesuchsunterlagen in den vier Subkommissionen eingehend überprüft worden sind.

Kommissionspräsident **Wüst**, EDU: Bei der Behandlung der Kantonsbürgerrechtsgesuche standen der Justizkommission Jürg Weber und Ramona Wangeler des Amtes für Handelsregister und Zivilstandswesen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Herzlichen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für die gute Vorbereitung der Gesuchsunterlagen. Die Justizkommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

Diskussion - **nicht benützt.**

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Es liegen 134 Anträge vor, die sich aus 3 Kantonsbürgerrechtsgesuchen von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern und 131 Kantonsbürgerrechtsgesuchen ausländischer Bewerberinnen und Bewerber zusammensetzen.

Es sind 30 ausländische Bewerberinnen und Bewerber, welche die Einbürgerung zusammen mit dem Ehepartner oder der Ehepartnerin beantragen. Ebenfalls zur Einbürgerung vorgeschlagen sind insgesamt 25 Töchter und 45 Söhne ausländischer Eltern. Sie sind in den Gesuchen ihrer Eltern mit einbezogen.

Heute soll 5 Schweizer Bürgerinnen und Bürgern und insgesamt 229 Ausländerinnen und Ausländern das thurgauische Kantonsbürgerrecht verliehen werden.

Die vorliegende Liste beinhaltet weitere Angaben wie Name, Beruf, Staatszugehörigkeit und Alter der Bewerberinnen und Bewerber und deren Ehepartner. Die Berufsbezeichnung entspricht in der Regel der Tätigkeit, welche die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung ausgeübt haben. Änderungen, soweit sie bekanntgegeben werden, sind nachgeführt. Die Justizkommission hat die Gesuche auf Übereinstimmung mit den gesetzlichen Grundlagen geprüft und festgestellt, dass die Voraussetzungen für die Einbürgerungen erfüllt sind. Die Justizkommission überprüft insbesondere, ob sich seit der Erteilung des Gemeindebürgerrechts wesentliche Fakten verändert haben.

Von den durch die Justizkommission geprüften 137 Gesuchen wurden drei Gesuche zurückgestellt. Für ein Gesuch werden zusätzliche Unterlagen angefordert. Die beiden anderen Gesuchsteller wurden an die nächste Kommissionssitzung eingeladen, um sie besser kennen zu lernen. Auffällig ist, dass sich bei vielen Gesuchen nur ein Elternteil mit den Kindern einbürgern lassen will. Nebst fehlenden Fristen sind ungenügende Sprachkenntnisse die Hauptursache dafür.

Für sämtliche auf der Liste aufgeführten Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller liegt die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vor. Die Wohngemeinden haben allen Einbürgerungswilligen das jeweilige Gemeindebürgerrecht, welches Voraussetzung für den Erwerb des Kantonsbürgerrechts ist, verliehen. Das Gemeindebürgerrecht wird jedoch erst wirksam, wenn auch das Kantonsbürgerrecht erteilt worden ist.

Kommissionspräsident **Wüst**, EDU: Die Justizkommission empfiehlt einstimmig, die 3 Kantonsbürgerrechtsgesuche von Schweizerinnen und Schweizern zu genehmigen. Die 131 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern werden mit 7 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Diskussion - **nicht benützt.**

Beschlussfassung

Den Gesuchen Nrn. 1 bis 3 wird mit 121:0 Stimmen zugestimmt.

Den Gesuchen Nrn. 4 bis 134 wird mit 103:3 Stimmen zugestimmt.

Präsident: Ich gratuliere den neuen Thurgauerinnen und Thurgauern im Namen des Grossen Rates und des Regierungsrates zu ihrem heute erlangten Bürgerrecht.

2. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Guido Grütter und Daniel Eugster vom 28. August 2019 "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" (16/MO 41/408)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Büros liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Diskussion

Daniel Eugster, FDP: Mein Mitmotionär und ich möchten mit unserem Vorstoss die Mitglieder des Grossen Rates dazu motivieren, die Agenda der Raumplanungskommission (RPK) um die wichtigen Themen Energie, Umwelt und Verkehr zu erweitern. Die Wichtigkeit dieser Themen für die politische Agenda und für eine enkeltaugliche Zukunft ist hier im Saal hoffentlich unbestritten. Ich danke dem Regierungsrat für die Stellungnahme und dem Büro des Grossen Rates für die umfassende Beantwortung. Es freut mich, dass es unseren Ansatz nicht grundsätzlich in Frage stellt und der Regierungsrat die thematische Erweiterung der RPK sogar begrüsst. Die Motion stellt die bewährten Spezialkommissionen nicht in Frage. Gesetzesvorlagen sollen unverändert in diesen behandelt werden. Die ständige Raumplanungs-, Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (RUVEK) soll vielmehr eine Drehscheibe für die Themen Umwelt, Verkehr und Energie sein und diese mit der Raumplanung vernetzen. Die Schnittstellen sind auch in der Beantwortung aufgeführt und der Nutzen der Vernetzung von Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie ist unbestritten. Die Zusammenfassung dieser Themenbereiche in eine übergeordnete Kommission ist ein klares Zeichen und ein klarer Auftrag für eine aktive, speditive und koordinierte Themenbewirtschaftung und -bearbeitung. Trotz der vielen Vorteile einer thematischen Zusammenlegung wünscht das Büro gemäss Beantwortung keine Veränderung. Als Hauptgrund werden zeitliche Belastung und Mehrarbeit angegeben. Als Unternehmer spornt mich aber primär die Herausforderung an, etwas noch besser machen zu können. Ich bin davon überzeugt, dass in einer um diese Themen erweiterten Kommission deren Mitglieder effizienter und effektiver agieren könnten als die Mitglieder der jeweils immer neu einberufenen Spezialkommissionen. Ich verstehe es wirklich nicht. Umwelt, Verkehr und Energie sind sehr zentrale Themen für unsere Zukunft. Das Büro behält sich in seinem Fazit vor, Berichte und Konzepte, die den Bereich der RUVEK beschlagen, künftig der RPK zu zuweisen. Der Regierungsrat begrüsst eine thematische Erweiterung der RPK und betrachtet die Einführung einer RUVEK grundsätzlich als realistisch. Weshalb nun aber dieses Wenn und Aber? Wir sollten uns zu ei-

ner Agenda für Umwelt und Energie bekennen. Ich bin davon überzeugt, dass diese Erweiterung sinnvoll ist und in der RPK Platz hat. Die koordinierte Arbeit in der neuen RUVEK wird sich lohnen und bringt uns vorwärts. Mit einem definierten Themenkomplex und einer klaren Aufgabenstellung bedeutet die RUVEK einen wichtigen Schritt in der Umsetzung der Energiestrategie. Ich danke den Ratsmitgliedern für die Unterstützung der Motion.

Steiger Eggli, SP: Die Motionäre gehen davon aus, dass in einer RUVEK die Vernetzung und Koordination der Aspekte Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie ermöglicht, fachlich fundierte und breit abgestützte Entscheidungsgrundlagen geschaffen und ganzheitlichere, mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden können. Entscheidungsprozesse würden beschleunigt, Vorstösse gestrafft und die Verwaltung entlastet werden. Die Motionäre übersehen dabei, dass in der RPK, in der ich einsitze, diese gewünschte Vernetzung und Koordination unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachmeinungen bereits heute stattfindet. Alles, was raumrelevant ist, wird in der RPK diskutiert. Ich erinnere beispielsweise an die Windenergie, das Hochwasserschutzkonzept Thurtal, das Langsamverkehrskonzept und die Endlagerung für radioaktive Abfälle. Daher wäre es keine grosse Veränderung der Aufgaben der RPK, wenn Berichte und Konzepte, die raumrelevante Themen betreffen, gleich in der RPK vorbereitet würden, wie dies der Regierungsrat und das Büro anregen. Was soll denn eine RUVEK darüber hinaus leisten? Wohl nicht die Übernahme der Arbeit der Verwaltung, also des Operativen. Sollen alle Gesetzesvorlagen, die Raumplanung, Umwelt, Verkehr und Energie betreffen, in einer RUVEK beraten werden? Wir haben eben gehört, das sei nicht der Fall. Aber wenn doch, müsste die RPK personell aufgestockt und es müssten unter Umständen Subkommissionen gebildet werden. Dann hätten wir nebst der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) eine zweite grosse, ständige Kommission. Das wäre höchst undemokratisch. Die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen in vorbereitenden Kommissionen soll weiterhin allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern offenstehen. Wollte man eine zweite grosse Kommission schaffen, müsste man richtigerweise das ganze System der Kommissionen ändern und nur ständige Kommissionen für alle fraglichen Themenkreise schaffen. Solche Versuche sind bekanntlich verschiedentlich gescheitert. Ich stimme den Motionären insofern zu, dass äusserst anspruchsvolle Energie- und Klimaziele nur parteiübergreifend und koordiniert, unter Bündelung aller Kräfte, zu erreichen sind. Dazu braucht es aber keine weitere grosse Kommission, sondern Taten, sei es im Alltag, in den Fraktionen oder den Kommissionen. Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen Erheblicherklärung der Motion.

Frischknecht, EDU: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Christian Mader: "Die EDU-Fraktion dankt dem Büro des Grossen Rates für die Beantwortung der Motion. Die Themenbereiche Umwelt, Verkehr und Energie sind zentral und werden uns in Zu-

kunft sehr stark beschäftigen. Das Motionsanliegen, die RPK um die Themen Umwelt, Verkehr und Energie zu erweitern, hat in der EDU-Fraktion diverse Fragen aufgeworfen. Gerade weil alle drei Themen in die Kommission passen würden und diverse Überschneidungen bestehen, erwarten wir einen sehr grossen Mehraufwand für die RPK. Schon heute werden der RPK diverse Vorberatungen zu raumrelevanten Themen aus den Bereichen Umwelt, Verkehr und Energie, wie beispielsweise zum Endlager für radioaktive Abfälle, zum Fluglärm, zur Windenergie, zum Hochwasserschutzkonzept Thurtal, zum Langsamverkehrskonzept oder zum Projekt Bodensee-Thurtalstrasse und Oberlandstrasse (BTS/OLS) zugewiesen. Die EDU-Fraktion geht davon aus, dass das Büro der RPK vermehrt Vorberatungen zuweisen wird. Sollten alle Geschäfte dieser drei Themenbereiche der RPK oder der RUVEK zufallen, würde diese Liste um ein Vielfaches länger. Eine RUVEK müsste also mit ungefähr 12 bis 13 Kommissionssitzungen pro Jahr rechnen, was etwa einer Verdreifachung gleichkäme. Die EDU-Fraktion befürchtet, dass Milizpolitiker dadurch an ihre Belastungsgrenze gelangen. Zudem sind wir der Meinung, dass das seit Jahren praktizierte, gemischte parlamentarische Kommissionensystem mit ständigen und Spezialkommissionen einwandfrei funktioniert. Deshalb hat der Grosse Rat bei der letzten Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GOGR) 2016 eine Systemänderung bei der Kommissionsarbeit nicht für notwendig erachtet. Ein weiterer Nachteil einer RUVEK wäre, dass die Motionäre oder Antragsteller, sofern sie nicht zugleich Mitglied der RUVEK wären, keinen Einfluss auf die Vorberatung nehmen könnten. Nach Ansicht der EDU-Fraktion sollte die RPK weiterhin ihre Kernaufgaben wahrnehmen. Dazu gehören die Vorberatung der vom Grossen Rat zu behandelnden Vorlagen über die Raumplanung, insbesondere die Anpassungen des kantonalen Richtplans (KRP), der neu im Zweijahresrhythmus teilrevidiert wird, und die Bearbeitung der ihr vom Büro zugewiesenen Themen, wie es heute schon der Fall ist. Die EDU-Fraktion begrüsst es, wenn das Gefäss der Spezialkommissionen weiterhin genutzt wird. Der Vorteil, dass die zeitliche Verfügbarkeit, die persönlichen Interessen sowie das Fachwissen bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder gut berücksichtigt werden kann, überzeugt uns immer noch. Die EDU-Fraktion wird die Motion einstimmig nicht erheblich erklären."

Walther, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion bedanke ich mich für die differenzierte Beantwortung der Motion durch das Büro und die wohlwollende Stellungnahme des Regierungsrates. In der Beantwortung nimmt das Büro eine Auslegeordnung des Kommissionensystems vor. Die FDP-Fraktion kann das Bestreben, das Kommissionensystem nicht grundsätzlich aufzublähen und zu verändern, nachvollziehen und befürwortet dies grundsätzlich. In einer globalen und sich immer schneller drehenden Welt verändern sich auch die Themenschwerpunkte der Politik. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist es unbestritten, dass das Thema der Energie und Umwelt zu Recht an Bedeutung gewonnen hat. Wir erachten es deshalb als legitim und angemessen, dass die thematischen Inhalte

der Kommissionen gemäss den Veränderungen der politischen Agenda angepasst werden können und sollen. Als Mitglied der RPK stelle ich fest, dass in der Vergangenheit immer wieder Themen aus dem Bereich der Energie auf die Traktandenliste gelangt sind. Das ist kein Zufall, denn dieser Bereich ist im KRP abgebildet. Aber ich stelle auch fest, dass diese Themen dann eher beiläufig diskutiert wurden, da eine klare Adressierung bisher gefehlt hat. Also, es geht nicht darum, etwas aufzublasen, sondern es richtig zu adressieren. Ich stelle auch fest, dass die Arbeitsbelastung in der RPK stets sehr unterschiedlich war. Es gab Phasen, da wären wir um ergiebigeren Themen froh gewesen. Ich glaube daher, dass es auf der Agenda der RPK durchaus Platz für das Thema der Energie gibt. Es lässt sich darüber diskutieren, in welcher Form und in welcher Tiefe dieses behandelt werden soll. Ich denke da eher an eine koordinative Aufgabe und an die Vorbereitung von Spezialkommissionen. Wenn man das Thema des Klimawandels ernst nimmt, sind Handeln, Veränderungen und das Setzen eines Ausrufezeichens absolut notwendig. Im Sinne des Fortschritts und des Gemeinsinns muss das Thema "Klimawandel" auf strategischer Ebene institutionalisiert werden, wiederkehrend erscheinen, in die Planungsprozesse einfließen und parteiübergreifend diskutiert werden können. Nur so kann sich ein proaktives Handeln etablieren. So sieht es die FDP-Fraktion als gangbare Lösung, dass die RPK um dieses Thema erweitert wird und empfiehlt daher grossmehrheitlich, die Motion erheblich zu erklären.

Leuthold, GLP: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei den Motionären für den Vorstoss und beim Büro des Grossen Rates für die ausführliche und sorgfältige Beantwortung. Wir pflichten den Motionären vollumfänglich bei, dass die Wichtigkeit und Dringlichkeit von Themen im Bereich Umwelt, Verkehr und Energie zunimmt. Ebenso sind wir der Ansicht, dass parteiübergreifende, wirkungsvolle und mehrheitsfähige Lösungen und Massnahmen zur Erreichung der Energie- und Klimaziele gefragt sind. Wir teilen allerdings auch die Meinung des Büros, dass die Bildung einer RUVEK, einer RPK mit Erweiterung um die Bereiche Umwelt, Verkehr und Energie, nicht zielführend ist. Alle diese Bereiche haben zwar gemeinsame Schnittstellen und können in einen gewissen Zusammenhang gebracht werden, aber jeder Bereich für sich ist sehr komplex und bedarf eines hohen Grades an Fachwissen. In einer RUVEK geht diese Spezialisierung und damit die nötige Vertiefung in die Themen verloren. Die GLP-Fraktion bezweifelt, dass sich im Grossen Rat genügend sachlich kompetente Generalisten finden würden, welche auch noch die nötigen zeitlichen Ressourcen zur Bearbeitung der zum Teil sehr komplexen Inhalte aufbringen könnten. Die Frage nach der möglichen Schaffung eines Zweiklassenparlaments ist wichtig und darf nicht ausgeblendet werden. Nach Ansicht der GLP-Fraktion besteht aktuell kein Handlungsbedarf. Das System mit den bestehenden ständigen und nicht-ständigen Kommissionen sowie den Legislativ- und Aufsichtskommissionen funktioniert gut. Es bietet dem Parlament bereits jetzt genügend Einflussnahme und Mitwirkung. Die grosse Mehrheit der GLP-Fraktion wird die vorliegende Motion deshalb ablehnen.

Vetterli, SVP: Ich danke dem Büro für die ausführliche und umfassende Beantwortung. Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit der Frage einer Kompetenzerweiterung der RPK auseinandergesetzt. Tatsächlich gibt es in der RPK bereits heute immer wieder Berührungspunkte mit den in der Motion zusätzlich vorgeschlagenen Themen. Etwa bei der Richtplanänderung Windenergie oder bei Strassenbauprojekten. Etliche Kantone arbeiten bereits heute mit einer stärkeren Spezialisierung und haben dementsprechend mehr ständige Kommissionen. Das Büro zeigt in seiner Beantwortung auf, dass es über die letzten Jahrzehnte mehrere Vorstösse zur Bildung von neuen ständigen Kommissionen, etwa einer Bildungskommission oder einer Gesundheitskommission, gegeben hat. Dabei wurde letztlich stets gut begründet am bewährten System festgehalten. Aus folgenden Gründen stellt sich die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion gegen Erheblicherklärung der Motion: Wir wollen kein Zweiklassenparlament. Eine ständige Kommission mit massiv erweiterten Kompetenzen hätte dies zur Folge. Wir wollen am Milizparlament festhalten. Die wesentlich höhere Geschäftslast einer solchen Kommission übersteigt die mögliche zeitliche Verfügbarkeit vieler Kantonsräte und Kantonsrätinnen. Wir wollen keinen Ausbau der RPK, weil das unweigerlich zur Bildung von weiteren ständigen Kommissionen führen würde. Wir sind vom bisherigen System mit Spezialkommissionen überzeugt. Denn dieses ist sehr gut dazu geeignet, für spezifische Fragestellungen kompetente Personen zu engagieren. Die SVP-Fraktion bittet den Grossen Rat deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Bétrisey, GP: Mit einer RUVEK soll die RPK analog dem Bundesmodell um die Themen Umwelt, Verkehr und Energie erweitert werden. Die Grüne Fraktion befürwortet das und hat eine Idee, wie dies im Kanton Thurgau noch besser gelöst werden könnte. Wie sich in der Vergangenheit mehrfach gezeigt hat, ist die RPK durchaus auch zuständig für Verkehrsthemen, so beispielsweise die Behandlung der BTS/OLS. Die Mobilität als Siedlungstreiber ist aus der Raumplanung nicht wegzudenken, da diese beiden Disziplinen untrennbar miteinander verbunden und sogar Teil des KRP sind. Die Grüne Fraktion teilt aber die Haltung der Motionäre uneingeschränkt, dass die Themen Umwelt, Energie- und Klimafragen in eine ständige Kommission gehören und dankt für diesen Vorstoss in die richtige Richtung. Es gäbe für den Kanton Thurgau aber eine noch bessere Lösung. Der Kanton Thurgau betreibt eine kantonale Klimafachstelle, er hat mit Carmen Haag eine Regierungsrätin, die die Bereiche Gewässerraumfestlegung und Biodiversität vorantreibt und mit Walter Schönholzer einen Regierungsrat, der in Energiefragen Gas gibt. Der Kanton Thurgau ist auf dem Weg, schweizweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Mit dieser gebündelten Power sollten wir eine neue ständige Kommission schaffen, die sich ausschliesslich den lebensstragenden Themen Umwelt, Energie und Klima widmet. Wie das Büro darlegt, wäre die Geschäftslast der RPK mit der geplanten Erweiterung möglicherweise zu gross. Die Grüne Fraktion kann dies nachvollziehen und ist der Ansicht, dass für die Themen Umwelt, Energie und Klima auch andere Kompetenzen gefragt wä-

ren. Dieser Themenbereich erfordert Fachwissen, Interesse am neusten Stand der Technik und ein hohes Engagement im Vorantreiben der Klimaziele. Eine Kontinuität und Überprüfung der gesteckten Ziele in den Bereichen Umwelt, Energie und Klima wäre äusserst wichtig. Nur schon deshalb gehören diese Themen in eine ständige Kommission. Die Auflistung der gescheiterten Vorstösse zur Änderung des Kommissionensystems, welche das Büro in der Beantwortung vornimmt, erscheint völlig unnötig. Ebenso die Ausführungen dazu, wie viel Aufwand mit einer solchen Erweiterung verbunden wäre. Ja und? Es ist nicht verboten, schlauer zu werden. Aufgrund dieser Argumentationslinie könnten nie Neuerungen und damit auch keine Verbesserungen eingeführt werden. Wir stehen gerade in Energie-, Umwelt- und Klimafragen grossen Herausforderungen gegenüber, für die wir noch keine Lösungen kennen. Tatenlos schauen wir dem Gletscherschwund zu, dem Aussterben von unzähligen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere Kleinlebewesen und Insekten. Der Kanton Thurgau sah sich schon mit extremer Trockenheit, versiegenden Grundwasservorkommen und verschmutztem Grundwasser konfrontiert. Die Gemeinden Sulgen und Erlen müssen ihr Trinkwasser mit Bodenseewasser verdünnen, um die geforderten Qualitätsanforderungen einhalten zu können. Die Bäche am Obersee vom Eschelisbach in Güttingen bis zur Salmsacher Aach sind tot. In meiner Wohngemeinde Kesswil kann ich auf meinem täglichen Spaziergang mit dem Hund seit zehn Jahren regelmässig bis zu 30 cm hohe Schaumteppiche beobachten. Bei diesem Bach konnte nicht einmal ein Flusskrebstest durchgeführt werden, denn die Tiere sind kläglich verendet. Man hat dies vor vielen Jahren erkannt, unternommen wurde bis heute nichts. Der Bach bei der Seebadi ist unverändert ökologisch tot. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es braucht eine Kommission, die sich mit Umwelt, Energie und Klima beschäftigt. Das sind die Themen unserer Zeit, die unser Leben massgeblich beeinflussen und je länger desto grössere Wichtigkeit erlangen. Die Grüne Fraktion engagiert sich für eine zusätzliche ständige Kommission. Je schneller, desto besser. Sollte die Arbeitslast zu gross werden, könnte diese neue Kommission später immer noch aufgesplittet werden. Inhaltlich teilen wir das Anliegen der Motionäre und werden die Motion grossmehrheitlich erheblich erklären.

Gemperle, CVP/EVP: 2012 habe ich im Grossen Rat den Antrag für einen Bericht "System Kommissionsarbeit" gestellt. Mit diesem sollte das Büro damit beauftragt werden, eine Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Systeme bei der Kommissionsarbeit zu erstellen. Der Grund für den Antrag lag darin, dass eine ständige Bildungskommission gefordert wurde und sich somit die Frage nach einer Umstellung auf vorwiegend ständige Kommissionen stellte. Das Büro hat den Vorstoss damals sehr schnell und in aller Kürze beantwortet und eine parlamentarische Diskussion über den Systemwechsel verunmöglicht. Im Protokoll zur kurzen Ratsdiskussion am 9. Januar 2013 ist eine ganze Seite dem Fraktionssprecher der FDP, Kantonsrat Hans Munz, gewidmet. Anstatt eine sachliche Diskussion über Pro und Contra eines Systemwechsels

zu führen, führte dieser aus, warum vom Büro keine Auslegeordnung verlangt werden kann: "Ich sage kein Wort zum materiellen Gehalt des Vorstosses." Und weiter sagte Kantonsrat Hans Munz: "Man würde Dämme einreissen." Weiter führte er aus, er habe schon zwei Mal bei Revisionen mitwirken können: "Das waren mitunter die brilliantesten intellektuellen Auseinandersetzungen, die ich im Zusammenhang mit der Grossratsarbeit erlebt habe und sehr gute Arbeiten." Der Sprecher des Büros, Kantonsrat Bruno Lüscher, ebenfalls Mitglied der FDP, wird im Protokoll mit folgendem Schlusssatz zitiert: "Öffnen wir heute nicht eine Türe, bei welcher keine Klarheit darüber besteht, ob der Schlüssel auch wirklich im Schloss steckt, um sie zu öffnen." Ich gebe ehrlicherweise zu, dass ich diese intellektuellen Höhenflüge bis heute nicht verstehen kann und nicht begreife, warum eine Diskussion damals verweigert wurde. Immerhin hat das Büro nun auf den vorliegenden Vorstoss mit einer 13-seitigen Beantwortung reagiert und nun endlich die 2012 von mir geforderte Auslegeordnung ausführlich und verständlich geliefert. Und dies, obwohl eine solche aktuell gar nicht gefordert wurde. Ich bedanke mich im Namen der CVP/EVP-Fraktion für die gute Auslegeordnung. Wie das Büro, lehnen auch wir die Motion einstimmig ab. Wir begründen das mit folgenden Punkten: 1. Zu Recht erkennen die Motionäre die Themen Umwelt, Verkehr und Energie als sehr wichtig für unsere Zukunft. Die CVP/EVP-Fraktion arbeitet seit vielen Jahren intensiv an diesen Themen. Wir sind sehr dankbar, dass der Grosse Rat viele unserer zahlreichen Vorstösse dazu überwiesen und so eine starke Dynamik in diesen Bereichen erst ermöglicht hat. Weil aber genau diese Themen so wichtig sind, macht es absolut keinen Sinn, die bestehende RPK mit weiteren umfassenden Aufgaben zu betrauen. Die Themen der Raumplanung sind ebenfalls zentral und bescheren den Mitgliedern der Kommission viel Arbeit. Wenn die Wichtigkeit der Themen Umwelt, Verkehr und Energie wirklich herausgestrichen werden soll, müsste dazu eine ständige Kommission gegründet werden. 2. Die Dynamik in der Thurgauer Energiepolitik zeigt, dass es auch mit dem heutigen System, oder vielleicht gerade wegen des heutigen Systems, möglich wurde, den Kanton Thurgau im Bereich Energie im schweizweiten Vergleich vom tiefen Durchschnitt in die oberste Liga zu bringen. Mit anderen Worten: genau in diesen Bereichen sind wir Spitze. Hat sich die Arbeit in diesem System nicht bewährt? 3. Der Grosse Rat hat es immer wieder deutlich abgelehnt, einen Systemwechsel in Richtung ständige Kommissionen zu vollziehen. Wenn wir auf die Forderung der Motionäre eingehen würden, wäre aber genau dies die konsequente Umsetzung. Ein wenig anders sähe es aus, wenn eine andere ständige Kommission aufgegeben werden könnte, um so Platz für eine neue ständige Kommission zu schaffen, ohne das bewährte System zu wechseln. 4. In Spezialkommissionen werden die Karten in der Regel jedes Mal neu gemischt. Die Rotation im Grossen Rat ist gross und jedes neue Ratsmitglied hat andere Stärken. Meines Erachtens ist jenes ein starkes Parlament, welches die Talente der Ratsmitglieder bestmöglich zu nutzen weiss. Mit einer Umstellung auf nur nichtständige Kommissionen könnten wir diese Talente weniger gut nutzen. 5. Die CVP/EVP-Fraktion lehnt das Ansinnen des Büros ab, in Zukunft

Berichte und Konzepte im Bereich Energie der RPK zur Beratung zu überweisen. Das wäre systemwidrig. Wir sehen hier keinen Handlungsbedarf, wurden doch gerade im Bereich Energie verschiedene Konzepte sehr erfolgreich beraten und umgesetzt. 6. Die CVP/EVP-Fraktion will kein Zweiklassenparlament schaffen. Es hat sich bewährt, die Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. Es hat sich bewährt, vom Wissen vieler Köpfe zu profitieren. Den Aufruf der Vorredner, den Klimawandel ernst zu nehmen und über die Fraktionsgrenzen hinweg zusammen zu arbeiten, unterstütze ich voll und ganz. Das ist wirklich ein guter Ansatz und ich hoffe, dass wir so weiter arbeiten können. Die CVP/EVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Lüscher, als Vertreter des Büros: Ich danke für die sachliche Diskussion zu dieser wichtigen Thematik, sind doch unser bewährtes Kommissionensystem und dessen Aufgaben in regelmässigen Abständen Gegenstand einer Debatte. Aufgrund von zwei Motionen erkannte die vom Büro eingesetzte Fachkommission bereits vor 22 Jahren zwar einen Handlungsbedarf bei den Aufsichtskommissionen, nicht aber im Bereich der Gesetzgebung. Im Rahmen der Revision der GOGR von 1998 hat sich das aktuelle Kommissionensystem durchgesetzt. Im Januar 2013 diskutierte der Grosse Rat im Vorfeld der Motion für eine ständige Bildungskommission über einen Antrag für einen Bericht zum System der Kommissionsarbeit. Beide Vorstösse wurden abgelehnt. Kantonsrat Josef Gemperle hat erwähnt, was ich damals im Namen des Büros gesagt habe. Wenn wir heute zur vorgeschlagenen Erweiterung Ja sagen, dann öffnen wir Tür und Tor für eine Revision unserer Kommissionstätigkeit. Den Anlass für die Einsetzung einer ständigen RPK gab vor 22 Jahren der gesetzliche Auftrag, einen KRP zu erlassen, welchen der Grosse Rat zu genehmigen hat. Im Gegensatz zu den eigentlichen Gesetzgebungsaufgaben und der Aufsichtskommissionen ist der KRP eine planerische Daueraufgabe, welche mindestens alle zwei Jahre eine Überprüfung mit eventuellen Anpassungen zur Folge hat. So wie sich die Gesellschaft verändert, verändern sich auch die Herausforderungen für die Politik. Die Themen Umwelt, Verkehr und Energie gehören zweifelsohne dazu. Diese finden sich denn auch in den Kapiteln zum KRP wieder. Vor diesem Hintergrund anerkennt das Büro die Idee, dass diese Bereiche direkt durch die RPK vorberaten werden. Jüngstes Beispiel war bekanntlich die Windenergie. Die Parlamentarische Initiative "Deregulierung für bessere Erdwärmennutzung" war als Gesetzesänderung aber wiederum Angelegenheit einer Spezialkommission. Unter Punkt 6 der Beantwortung sind die Geschäfte von 2009 bis 2019 aufgelistet, die eine RUVK hätte vorberaten können. Von den 31 Geschäften waren fünf KRP-Vorlagen, 13 Gesetzesvorlagen, drei Volksinitiativen sowie zehn Berichte und Konzepte, von denen vier nicht vorberaten, sondern direkt im Grossen Rat zur Kenntnisnahme diskutiert wurden. Nach Ansicht des Büros rechtfertigt dies keine Revision der GOGR. Wir sind überzeugt davon, dass der Motionär nicht begeistert gewesen wäre, wenn wir seinen Antrag "Elektromobilität im Thurgau" der RPK und nicht ihm als Antragssteller zur Vorberatung gegeben hätten. Der Motionär sagt sel-

ber, dass die Themen Umwelt, Verkehr und Energie Platz in der RPK hätten. Der KRP führt zu diesen Themen eigene Kapitel. Der Rat sollte also zusammen mit den Mitgliedern der RPK diese Möglichkeiten ausnutzen und die Agenda selbst bestimmen. Dazu braucht es nicht zwingend eine Revision der GOCR. Der Vorwurf, das Büro wolle keine Veränderung, stimmt nicht. Wir werden der RPK künftig Berichte und Konzepte zuleiten und dann sehen, wie sich die Aufgaben und die Konstellation der RPK tatsächlich weiter entwickeln. Ja, das Büro ist schlauer geworden. Wir werden diese wichtigen Themen der RPK zuführen, da sie die Raumplanung insgesamt immer wieder beschlagen. Auch für das Büro sind die angesprochenen Themen ein wichtiges Anliegen. Allerdings ist es nicht Aufgabe der RPK, Spezialkommissionen anzuregen. Die RPK hat durchaus die Möglichkeit, in eigener Initiative im Rahmen des KRP-Kapitels aktiv zu werden. Wie in der Beantwortung geschrieben, anerkennt das Büro die Wichtigkeit des Motionsanliegens. Wir sind aber der Meinung, dass analog zur GFK keine Gesetzesvorlagen an die RPK zugewiesen werden sollen. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, eine neue entsprechende ständige Kommission zu erstellen. Da die RPK für vier Jahre gewählt ist, besteht eine gewisse Kontinuität in den Beratungen. Dies handhabt das Büro bereits heute mit Erfolg bei der GFK so. Mit dieser Lösung kann die Mehrbelastung der RPK in Grenzen gehalten werden und es braucht keine zusätzlichen personellen Ressourcen. Ich bitte den Grossen Rat im Namen des einstimmigen Büros, die Motion nicht erheblich zu erklären und dem Büro das Vertrauen für die pragmatische Umsetzung des Motionsanliegens zu schenken.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 89:22 Stimmen nicht erheblich erklärt.

3. Interpellation von Andrea Vonlanthen, Aline Indergand und Hermann Lei vom 30. September 2019 "Feminisierung der PH und der Volksschule" (16/IN 49/422)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Indergand, SVP: Die Geschlechterverteilung der Schülerinnen und Schüler in den Thurgauer Volksschulen ist ein sehr aktuelles Thema. Das hat auch die an der letzten Sitzung sehr emotional diskutierte Interpellation "Knaben an der Volksschule Thurgau im Abseits?" gezeigt. Die Geschlechterverteilung der herangehenden Lehrerinnen und Lehrer an der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PHTG) ist sogar noch stärker aus der Balance geraten. Deshalb haben meine Mitinterpellanten und ich diesen Vorstoss initiiert. Es ist uns ein Anliegen, dass die PHTG diesen Umstand in den Fokus rückt und versucht, den männlichen Lehreranteil wieder näher an die 50 Prozent zu bringen. Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Wir sind erstaunt, wie die Ungleichverteilung der Geschlechter an der PHTG und an den Volksschulen sowie die daraus resultierenden Konsequenzen verharmlost werden. Meine Mitinterpellanten und ich sind mit der Beantwortung nicht zufrieden. Die Problematik wird vom Regierungsrat heruntergespielt und als unkritisch dargelegt. Grund genug, um dieses Thema hier im Grossen Rat zu diskutieren. Wir **beantragen** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Indergand, SVP: Der Anteil der Studenten an der PHTG beträgt gemäss Jahresbericht 2019 über alle Stufen gesehen lediglich 28 Prozent. Der Frauenanteil überwiegt inzwischen auf sämtlichen Stufen - von der Vorschulstufe bis hin zur Sekundarstufe II. Daran wird sich nichts ändern, wenn nicht auch in diesem Bereich bewusst eine Gleichstellung angestrebt wird. Doch wenn ich die Beantwortung lese, stelle ich fest, dass unser Anliegen überhaupt nicht ernst genommen wird. Der Regierungsrat verharmlost die Feminisierung der Schulen deutlich. Dies gibt mir zu denken. Alle anderen Debatten zu Branchen, in denen Frauen verhältnismässig schwach vertreten sind, würden beim Regierungsrat und auch bei der Presse unweigerlich eine stärkere Reaktion hervorrufen. Es würden alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um diesen Missstand, ja diese Diskriminierung, umgehend zu beheben. Leider ist dies hier nicht der Fall. Der überproportional hohe Frauenanteil im pädagogischen Bereich führt dazu, dass man den Bedürfnissen von Knaben nicht in allen Belangen gerecht werden kann. Schüler und Schülerinnen verbringen einen sehr grossen Teil ihres Alltages in der Schule. Die Schule prägt sie heute oft noch mehr als das Elternhaus. Es ist deshalb sehr wichtig, dass die Kinder auch vermehrt mit männlichen Lehrern in Kontakt kommen. Dies ist keine Kritik an den

Lehrerinnen, aber ich fordere in diesem Fall eine bessere Verteilung der Geschlechter in der Lehrerschaft im Sinne einer echten Gleichstellung. Ich bin davon überzeugt, dass mehr Männer für diesen Beruf begeistert werden könnten, wenn das Bild des Lehrberufes nicht mehr nur dem eines Frauenberufes entspräche. Die heutige Situation schreckt Männer von einem Studium an der PHTG ab und ist dem Image des Berufes nicht förderlich. Es müssen dringend gezieltere Massnahmen gegen die Feminisierung der PHTG entwickelt werden. Dazu braucht es ein klares Konzept des zuständigen Departements für Erziehung und Kultur und der PHTG. Dies liegt auch im Interesse von 30'000 Thurgauer Schülerinnen und Schülern, die dadurch vermehrt von männlichen Bezugspersonen und einer besseren Bildung durch eine ausgeglichene Lehrerschaft profitieren können.

Madörin, EDU: Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Als ich vor rund 34 Jahren eingeschult wurde, waren die Lehrer in der Unterstufe, der Mittelstufe und der Oberstufe noch klar in der Überzahl. Einzig im Kindergarten war der Frauenanteil wohl immer höher als jener der Männer. In meiner Schullaufbahn wurde ich von zwei Frauen und drei Männern unterrichtet. Rückblickend stelle ich fest, dass ich sowohl bei Lehrerinnen als auch Lehrern jeweils Schönes wie auch Schwieriges erlebt habe. Aber je älter ich wurde, desto prägender wirkte die Lehrperson auf mich. In der Oberstufe hatte ich das grosse Glück, einen Lehrer zu haben, der mein Herz verstand und bereit war, mit mir einen Weg zu gehen, der für die damalige Zeit sehr unkonventionell war. Ich schliesse nicht aus, dass nicht auch eine Lehrerin dies hätte tun können. So sind es doch oft die Frauen, die viel Verständnis und Einfühlungsvermögen mitbringen. Aber für einen pubertierenden Jungen ist es wichtig, eine Vorbildfigur zu haben, zu der er aufschauen kann. Wenn ich mit den Lehrpersonen meiner Söhne über dieses Thema spreche, stelle ich fest, dass es heute normal ist, dass ein Student an der PHTG für die Gesamtdauer seiner Ausbildung die einzig männliche Person ist. Die EDU-Fraktion misst dieser Problematik eine grosse Wichtigkeit zu und freut sich darüber, dass das Problem nun erkannt wurde. Wir sehen hier Handlungsbedarf und unterstützen die Bemühungen, dass auch junge Männer für den Lehrberuf begeistert werden. Trotz allen Bemühungen wird ein Lehrer einen guten Vater in einem intakten Elternhaus nie ersetzen können. Der Ball liegt also nicht allein bei den Lehrpersonen, sondern vor allem auch bei den Erziehungsberechtigten.

Kern, FDP: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die ausführliche und treffende Beantwortung. Ich habe die Interpellation mit einigem Erstaunen gelesen. Vielleicht erscheine ich den Interpellanten nicht ganz objektiv, denn in meinem Beruf, wie auch in anderen Bereichen des Gesundheitswesens, steht die Geschlechterverteilung in einem ganz ähnlichen Verhältnis und niemand fühlt sich diskriminiert. Oder fühlen Sie sich in einer Apotheke als Mann falsch behandelt? Über 80 Prozent der Belegschaft in

einer öffentlichen Apotheke, also leitende Apothekerinnen und Apotheker und Pharmaassistentinnen und -assistenten, sind weiblich. In der Industrie ist das Verhältnis wieder ausgeglichener, aber das Pharmaziestudium ist überwiegend weiblich dominiert. Ich möchte die Ratsmitglieder heute nicht mit statistischen Zahlen langweilen. Wer aber Interesse hat, darf gerne in den mir zugestellten Unterlagen der Universität Basel vom letzten Jahr nachschauen, welche Studiengänge eine ähnliche Geschlechterverteilung aufweisen. Die Berufswahl ist zum grossen Glück eine persönliche Entscheidung nach ganz subjektiven Gesichtspunkten und wird nicht staatlich vorgeschrieben. Solche subjektiven Überlegungen können unter anderem sein: Ist der Beruf familientauglich? Ist in dem Beruf Teilzeitarbeit möglich? Diese Überlegungen standen bei meiner Entscheidung klar im Vordergrund. Ist das verwerflich? Dass der Lehrberuf familientauglich ist, steigert seine Attraktivität. Wenn ich den aktuellen Trend bei den jungen Familien sehe, kann ich mir gut vorstellen, dass sich diesbezüglich ganz von alleine eine Harmonisierung einstellen wird. Setzt der Lehrberuf nicht auch eine Grundbegeisterung für den Umgang mit Kindern voraus? Wir können doch nicht abstreiten, dass der so genannte Mutterinstinkt bei den meisten Frauen schon rein aus biologischen Gründen ausgeprägter ist als bei Männern. Was aber nicht bedeutet, dass ein Mann nicht genauso mit Begeisterung in der Unterstufe unterrichten kann. Das Wichtigste ist meiner Ansicht nach nicht die Geschlechterverteilung, sondern die Zusammenarbeit der Lehrpersonen und im gesamten Schulbetrieb. Ich möchte noch auf die letzte Frage der Interpellation eingehen: Wie machen wir den Lehrberuf auf der Primarstufe attraktiver? Ist das nicht auch ein gesellschaftliches Problem? Mischen sich die Eltern, natürlich stets gut gemeint zum Wohle des Kindes, heute mehr ein als früher? Verstehen Sie mich nicht falsch, es ist völlig verständlich, dass man, wenn es um das Wohl der eigenen Kinder geht, selten neutral und objektiv bleibt. Meiner Ansicht nach steht der Lehrberuf heute mehr als früher in einem kritischen Fokus. Das macht ihn für Junge nicht attraktiver. Es liegt also an uns allen. Die FDP-Fraktion teilt die dunklen Befürchtungen der Interpellanten nicht. Uns ist es wichtig, dass Lehrpersonen weiterhin nach ihren Fähigkeiten und nicht aufgrund ihres Geschlechts ausgesucht werden. Wir können aber durchaus verstehen, dass bei gleichwertigen Stellenbewerbungen das Geschlecht ein Entscheidungsfaktor sein kann. Nach Ansicht der FDP-Fraktion bedeutet Gleichberechtigung vor allem, dass es um den Inhalt, die Sache und nicht um das Geschlecht geht. In meiner ganzen Ausbildungszeit spielte es für mich keine Rolle, ob eine Frau oder ein Mann vorne stand. Wichtig waren mir der Inhalt, die Person und der Charakter dieser Menschen.

Sax, SP: In meiner Jugend war der Lehrer ein Mann. Frauen hielt man geeignet als Kindergärtnerinnen, aber sobald Autorität und breites Wissen gefragt waren, galt der Mann als kompetent. Frauen hingegen würden zur Verweiblichung des Lehrkörpers beitragen. So beispielsweise die Ansicht von Regierungsrat Alfred Abegg in den 1970er-Jahren. Verweiblichung und Verweichlichung hielt man wohl für beliebig austauschbare Begriffe.

In den Lehrerinnenzimmern der Primarschulen von heute ist der Lehrer ein Exot. Da aber die individuellen, persönlichen Unterschiede zwischen den Menschen immer grösser sind als die geschlechtsspezifischen, pflichten Sie mir bestimmt bei, wenn ich behaupte, dass Kinder bei einer freundlichen, gut ausgebildeten und motivierten Lehrerin stets besser aufgehoben sind als bei einem griesgrämigen Lehrer, dem Kinder auf die Nerven gehen. Das Geschlecht allein ist keine Qualifikation. Die Kinder werden während der Primarschulzeit in der Regel sowieso ganztags von einer Frau oder von einem Mann unterrichtet. Sie müssen sich also nach dem Vorbild richten, das sie haben. Dass der Lehrberuf für Frauen attraktiver ist als für Männer, hat wohl eher ökonomische als politische oder gesellschaftliche Ursachen, wie die Untersuchung "Ökonomische Erklärungen zur Feminisierung des Lehrberufes" von Stefan C. Wolter und Stefan Denzler aus dem Jahr 2003 einleuchtend belegt. Seit den 1980er-Jahren war klar, dass die Schweiz ihr Bedürfnis nach besser qualifizierten und mehr Arbeitskräften nicht mehr durch billige Arbeitskräfte aus Südeuropa decken konnte. Die Frauen wurden zu einem gefragten Potential und zeigten sich bereit, einzuspringen. Seither haben die Frauen die Männer bei den Maturitätsabschlüssen überflügelt und tragen überproportional zu den steigenden Zahlen der Studentinnen und Studenten an den Universitäten bei. In der genannten Studie steht, dass mit dieser "weiblichen" Bildungsexpansion die Basis für eine Feminisierung des Lehrberufes geschaffen wurde. Einen wichtigen Faktor bei der Entscheidung einer Frau, den Lehrberuf zu ergreifen, stellen gemäss Studie die geschlechtsspezifischen, auf den Beruf bezogenen Bildungsrenditen dar. Bildungsrenditen sagen etwas darüber aus, welchen ökonomischen Vorteil man über das Leben gesehen erwarten darf, wenn man sich für eine bestimmte Ausbildung entscheidet. Die Studie hält fest, dass der Lehrberuf, im Vergleich zu allen anderen Berufen mit gleicher Ausbildungsvoraussetzung, für Frauen einen deutlich höheren finanziellen Vorteil bringt als für Männer. Aufgrund der Lohndiskriminierung, welche die Frauen in der Privatwirtschaft nach wie vor benachteiligt und welche im Lehrberuf nicht besteht, können Lehrerinnen damit rechnen, dass ihnen der Lehrberuf über das Leben gesehen deutlich mehr Einkommen beschert. Für Männer schneidet der Lehrberuf im Durchschnitt auch gut ab, aber nicht besser als andere Berufe. Frauen leiden in vielen Berufen nach wie vor unter schlechteren Karrierechancen, was dazu führt, dass ihnen höhere Positionen mit besseren Gehältern häufiger verschlossen bleiben. Diese Ungleichheit wird durch die Diskriminierung von Teilzeitarbeit verschärft, die sich häufig in der Lohnhöhe und den Karrierechancen im Vergleich zu den Vollzeitarbeitenden zeigt. Da immer noch mehr Frauen als Männer Teilzeit arbeiten müssen, wenn sie Familie und Beruf verbinden wollen, leiden sie unter dieser Tatsache mehr als Männer. Die Entscheidung einer Frau, Lehrerin zu werden, ist also so einleuchtend wie rational. Frauen entscheiden sich für jene Ausbildungen und Berufe, in denen sie weniger oder gar nicht diskriminiert werden, und einer davon ist der Lehrberuf. Während die männlichen Lehrpersonen zwar von einem guten Anfangssalär profitieren können, werden sie im Lauf ihrer Karriere beim Lohn aber häufig von ihren Kollegen in ande-

ren Berufen überflügelt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Männer den Lehrberuf verlassen oder ihn nach der Ausbildung gar nicht ergreifen, weil andere Berufe attraktiv geworden sind und vielversprechende Karrieren eröffnet haben - beispielsweise in der Informatik. Somit kam es teilweise deshalb zur Feminisierung des Lehrberufs, weil andere Berufe stark an Attraktivität gewannen und Männer anzogen, die dann als Lehrer fehlten. Selbstverständlich wäre eine bessere Verteilung von Männern und Frauen in allen Berufen wünschenswert. Sei es in der Pflege, in der Erziehung oder in technischen Berufen. Dafür müsste aber die ganze Gesellschaft an einem Strick ziehen. Die Politik alleine kann gegen vernünftige ökonomische Entscheidungen junger Berufsleute wohl nicht viel ausrichten. Die einzige erfolgversprechende Massnahme, die auch im Lehrberuf wieder ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern fördern würde, ist die gezielte Gleichstellung und Förderung der Frauen in allen übrigen Berufen.

Hartmann, GP: Seit dem 1. Juli 1996 ist das Schweizerische Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann in Kraft. In Art. 3 ist festgehalten, dass die Gleichstellung auch für die Aus- und Weiterbildung gilt. Wer von einer Diskriminierung betroffen ist, kann dem Gericht oder der Verwaltungsbehörde beantragen, eine drohende Diskriminierung zu verbieten oder eine bestehende zu beseitigen. Mir ist kein Fall bekannt, in dem jemand aufgrund seines Geschlechts daran gehindert wurde, sich als Lehrerin oder als Lehrer auszubilden. Dem Interpellanten, einem Juristen, muss ich wohl nicht erklären, dass in einem solchen Fall nicht der Grosse Rat zuständig wäre. Es stimmt, dass sich männliche Lehrkräfte in der Volksschule in einer widersprüchlichen Situation befinden. Einerseits gilt ihr Beruf aufgrund des hohen Frauenanteils als Frauenberuf und somit als atypisch für Männer, wodurch die Eignung des Lehrberufs für Männer ein Stück weit in Frage gestellt wird. Andererseits spricht nichts gegen eine Eignung von Männern für den Lehrberuf. Zu Recht wird gezielt für Männer in den Lehrberuf geworben. Dabei wird unter anderem argumentiert, dass männlichen Lehrpersonen angesichts der grossen Zahl von Einelternfamilien mit Müttern und Kindern eine besondere Bedeutung als männliche Vorbilder zukommt - insbesondere für Knaben. Bis Ende des 19. Jahrhunderts galt der Lehrberuf als klassische Männerdomäne. Vor allem für begabte Söhne aus ärmeren Verhältnissen bot er eine Möglichkeit für den sozialen Aufstieg. Waren die Lehrer und Pfarrer früher oftmals die Männer mit der besten Ausbildung im Dorf, bieten sich für diese heute bei der Berufswahl viele andere Möglichkeiten in verschiedenen Berufszweigen, welche grösseres Ansehen und bessere Karrierechancen bieten. Der Lehrberuf wird erst seit wenigen Jahrzehnten mehrheitlich durch Frauen ausgeübt. Mit der Durchsetzung der Schulpflicht für alle kam es zu einem verstärkten Bedarf an weiblichen Lehrpersonen. Von einer quantitativen Feminisierung des Lehrberufs aller Schulstufen, insbesondere aber des Grundschulbereiches, kann seit den 1960er-Jahren gesprochen werden, als Frauen an den Lehrerseminaren unter den Studenten erstmals eine Zweidrittel-Mehrheit erreichten. Der Lehrberuf wandelte sich somit von einem ursprünglich typi-

schen Männerberuf zu einem Frauenberuf. Berufe werden dann zu Frauenberufen, wenn sich für Männer attraktivere Berufsfelder erschliessen lassen. Die Männer ziehen sich aus diesen Feldern in andere Berufe zurück und Frauen können die entstandene Lücke nutzen. Im deutschsprachigen Raum zeigt sich dieses Muster nebst dem Lehrberuf auch für andere Berufe: Coiffeur, Buchhalter, Schneider oder Kellner waren früher Männerberufe und gelten heute als Frauenberufe. Dabei zieht der Wandel zum Frauenberuf in der Regel einen Status- und Ansehensverlust mit sich. Im Lehrberuf rückten traditionelle Aufgaben von Frauen, wie die Betreuung und Erziehung von Kindern, in den Vordergrund. Dabei werden den Frauen in diesem Bereich besonders hohe Kompetenzen zugeschrieben. Für Frauen bietet der Beruf der Lehrerin oft eine relativ sichere Möglichkeit, im Teilpensum zu arbeiten. So können sie die eigenen Kinder selber betreuen, und das Problem der Betreuung der Kinder während den Schulferien ist gelöst. Die Debatte rund um die Feminisierung der Schule rückte vor allem durch die Ergebnisse der PISA-Studie aus dem Jahr 2000 ins öffentliche Bewusstsein. Diese stellte für fast alle Länder fest, dass Jungen eine durchschnittlich schlechtere Leseleistung aufweisen. Zur Frage, ob die im Rahmen von PISA thematisierten Nachteile, die die Jungen im Bildungssystem haben, auf die Feminisierung des Lehrberufes zurückzuführen sind, liegen, je nachdem wie man "Bildung" versteht, unterschiedliche Ergebnisse vor. Auf der Primarstufe, auf der besonders viele Frauen arbeiten, fallen geschlechtsspezifische Leistungsdifferenzen zwischen Schülerinnen und Schülern sehr gering aus. Erst ab der Sekundarstufe I, auf der das quantitative Geschlechterverhältnis der Lehrkräfte beinahe ausgeglichen ist, zeigen sich Unterschiede. Ich selber wurde mit 14 Jahren erstmals von einer Lehrerin unterrichtet, und zwar in Mathematik. Das hat mich geprägt. Es war mein erster Kontakt mit einer Frau, die einen höheren Abschluss hatte als die Männer in meinem Umfeld. Ich habe die Schule geliebt, egal welches Fach. Ich habe es als ungerecht empfunden, dass mir als Mädchen der Unterricht in Technischem Zeichnen und im Werken mit Holz und Metall verwehrt war. Von unseren neun Kindern und Schwiegerkindern, fünf Frauen und vier Männer, sind alle erwerbstätig. Vier davon, zwei Frauen und zwei Männer, als Lehrpersonen. Damit will ich nicht sagen, dass mein Mann und ich alles gut gemacht hätten. Doch hatten wir immer ein offenes Ohr für die Schulfreuden und -sorgen unserer Kinder. Aber wir haben am Mittagstisch nie über das Verhalten von Lehrpersonen geschimpft oder die Schule als System kritisiert. Im Gegenteil: die Schule und die Lehrpersonen haben wir wertschätzend gelobt. Wenn etwas nicht rund lief, wurde dies mit den beteiligten Erwachsenen diskutiert. Heute erlebe ich dies oft anders. Alle, die eine Schule besucht haben, reden und kritisieren mit. Die Schulkinder werden mit unterschiedlichen Haltungen von Lehrpersonen und Eltern konfrontiert. Die Lehrpersonen und das Schulsystem stehen häufig in der Kritik. Und dann wundern wir uns, wenn sich junge Menschen bei der Berufswahl nicht für den viel kritisierten Beruf der Lehrperson entscheiden. Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Ammann, GLP: Ich spreche im Namen der GLP- Fraktion. Der Schluss der Beantwortung der Interpellation teilt uns sehr viel mit: "Da weder klar ist, was die genauen Gründe für den überproportional hohen Frauenanteil im Lehrberuf sind, noch, ob dies überhaupt ein Problem darstellt, erachtet der Regierungsrat die Massnahmen der PHTG als ausreichend." Der Regierungsrat hält fest, dass die Berufswahl ein individueller Entscheid sei. Deshalb lohne sich auch keine Forschung in diesem Bereich. Dazu kommt mir ein Bild in den Sinn. Wir alle kennen, wenn vielleicht auch nicht namentlich, Mikazaru, Kikazaru und Iwazaru. Es sind dies drei Primaten: Mikazaru, der nichts sieht, Kikazaru, der nichts hört und Iwazaru, der nichts sagt. In der westlichen Welt ist die Interpretation des Bildes ziemlich klar und meint, das Schlechte nicht wahrhaben zu wollen. In Japan ist die Bedeutung nuancierter und die Interpretation bewusst offen. Das Bild steht dort für "über Schlechtes sehr weise hinwegsehen". Ob die Beantwortung in Bezug auf die Interpellation oder den überproportional tiefen Männeranteil einer eher japanischen oder einer westlichen Interpretation folgt, lasse ich offen. Ich vermute zumindest, dass bei der Beantwortung der Fragen keine überschäumende Begeisterung für das Anliegen der Interpellanten aufgekommen ist. Die GLP-Fraktion erkennt durchaus Aspekte, die zum Nachdenken anregen sollten: Der Schwund an Lehrern ist seit Jahren eine Tatsache. Ob das ein Problem ist, lasse ich hier offen, aber es kann zu einem Problem werden. Weshalb? Für jeden Beruf, der vor allem für ein Geschlecht attraktiv ist, sollte man sich fragen und vielleicht erforschen, weshalb das so ist. Ist ein Beruf nur für ein Geschlecht attraktiv, ist schlicht und einfach die Auswahl an Leuten geringer. Es wäre doch schön, wenn man für jeden Beruf aus möglichst vielen Bewerberinnen und Bewerbern auswählen könnte. Viele Interessentinnen und Interessenten bedeuten letztlich auch, dass ein Beruf attraktiv ist, dass die Qualität steigt und sich das Image verbessert. Daher wäre es wichtig, sich dazu ein paar Gedanken zu machen. Die GLP-Fraktion sieht durchaus Möglichkeiten, wie man die Attraktivität des Lehrberufs steigern könnte. Es wurde erwähnt, dass andere Berufe attraktiver geworden seien. Es schmerzt uns zu hören, dass die Männer aus dem Beruf abwandern und die Frauen nachkommen. Das darf doch nicht wahr sein. Es muss doch möglich sein, dass der Lehrberuf für alle Geschlechter möglichst attraktiv wird. Nach unserer Ansicht reichen dazu Marketingmassnahmen nicht aus. Nein, das Problem muss an der Wurzel angepackt werden. Meines Erachtens ist der Lehrberuf einer der sinnvollsten und attraktivsten Berufe der Zukunft. Was sollten wir in Zukunft in dieser Ausbildung lernen? In Zukunft sollte sich die Ausbildung an der PHTG nicht wie bisher zu etwa 40 Prozent mit Fachlernen und Didaktik beschäftigen. In die Ausbildung könnte vieles neu aufgenommen werden, das auch für die Wirtschaft attraktiv ist: Classroommanagement, Prozessverständnisse, Prozessdesign, Gesprächsführung, Kommunikationsführung, Durchführen von komplexen Projekten, Coaching usw. Das alles kann man bereits in der Schule lernen. Es sind Fähigkeiten, die überall in der Wirtschaft gebraucht werden. Dann wäre es auch kein Problem, wenn viel mehr Leute diese Ausbildung wählen würden und einige davon letztlich nicht im Lehrberuf, sondern in der Wirtschaft tätig

wären. Letztere könnten später mit neuem Wissen wieder zurück in die Schule kommen. Ob Teilzeitarbeit attraktivitätssteigernd oder diskriminierend ist, lasse ich offen. Es macht einen Beruf nicht zwingend attraktiv, wenn die einen lange im Beruf verharren und andere einfach kommen und relativ einfach wieder einsteigen können. Ein Beruf muss sich stetig wandeln, um am Laufe der Zeit zu sein. Daher wäre es spannend zu sehen, wie man die Stundentafeln der PHTG anpassen könnte. Das wäre ein Vorschlag der GLP-Fraktion. Im selben Rahmen könnte man sich fragen, inwiefern auch die Aufnahmebedingungen der PHTG für die jugendlichen Männer und Frauen angepasst werden könnten. Aktuell ist das Fachliche ausschlaggebend. Wir wissen alle, dass es letztlich darum geht, die richtigen Menschen und die richtigen Persönlichkeiten für unsere Kinder auszuwählen. Da ist nicht unbedingt das Fachwissen entscheidend, sondern die Empathie und die persönliche Entwicklung. Vielleicht braucht es im Aufnahmeverfahren einen Test über die Persönlichkeitsentwicklung. Meines Erachtens wird ein Beruf damit attraktiv. Wenn ein Beruf attraktiv ist, müssen wir uns nie mehr darüber unterhalten, ob er jetzt ein Männer- oder ein Frauenberuf ist. Das müssen wir überwinden. Dafür will sich die GLP-Fraktion einsetzen.

Zimmermann, SVP: Die SVP-Fraktion dankt den Interpellanten für die Einreichung des Vorstosses. Dieser weist auf das bestehende und zunehmende Problem einer Feminisierung in der Bildung hin. Ja, die Interpellanten halten den Finger auf einen wunden Punkt. Würde der Titel der Interpellation "Vermännlichung der PH und der Volksschule" lauten, hätten wir hier im Saal ein Tollhaus und die Voten würden anders lauten. In der Beantwortung wird ersichtlich, wie schwer es sich der Regierungsrat bei diesem Thema macht. Zusammengefasst sagt er, dass wir ein Problem haben, er aber kein Problem sieht. Es geht hier nicht um Diskriminierung, sondern um das offensichtliche Problem einer zunehmenden Feminisierung des Lehrberufes. Dass die Entwicklung aber schon lange in diese Richtung geht, zeigt die bereits genannte Studie von Stefan C. Wolter und Stefan Denzler aus dem Jahr 2003. Wenn man eine solche Studie in seinem Votum erwähnt, dann aber bitte im richtigen Kontext. Es stimmt, die Studie zeigt auf, dass eine Feminisierung in der Bildung besteht und es dafür ökonomische Erklärungen gibt. Der Lehrberuf wurde für Frauen attraktiver. Die Studie beleuchtet nebst der so genannten Bildungsrendite aber auch die Optionswerte. Mit der Abschaffung des klassischen Lehrerseminars oder der "Matur des armen Mannes" wurde die Ausbildung für Männer unattraktiv. Hier müssen wir ansetzen, um diese attraktiver zu gestalten. Gerne verweise ich auf den Gastkommentar "Autorität - nur etwas für Konservative?" in der "Thurgauer Zeitung" vom 7. September 2020. Darin wird aufgezeigt, dass Autorität für die Bildung und die Gesellschaft auch heute wichtig, aber leider zu wenig vorhanden ist. Auch im Schulzimmer, ganz unabhängig davon, ob die Lehrperson männlich oder weiblich ist, sollte Autorität zunehmend gelebt werden. Eine Feminisierung des Lehrberufes besteht. Dafür gibt es ökonomische und gesellschaftliche Gründe. Die Bildungsrenditen sind für Frauen attrak-

tiver und die Optionswerte für Männer unattraktiv. Es gilt, diese Ursachen anzugehen, um den Lehrberuf insgesamt für Männer attraktiver zu machen.

Merz, CVP/EVP: Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Die Ausführungen sind aufschlussreich und transparent, und in weiten Teilen sind wir mit der Beantwortung zufrieden. Wir sehen, dass die Mehrheit der Lehrpersonen weiblich ist. Dies vor allem auf der Vorschulstufe und der Primarstufe. Das ist erst seit wenigen Jahrzehnten so. Der Lehrberuf war früher eine klassische Männerdomäne. Wie der Regierungsrat ist auch die CVP/EVP-Fraktion der Ansicht, dass Chancengleichheit nicht zur Ergebnisgleichheit führt. Die männlichen Lehrpersonen werden nicht diskriminiert, sondern nicht speziell bevorteilt. An der PHTG studieren vor allem Frauen. Ihr Anteil beträgt 71,6 Prozent. Der Anteil der Männer ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Der kleinste Männeranteil liegt bei den Studiengängen "Frühe Kindheit" (8 Prozent) und "Vorschulstufe" (4 Prozent). Auf der Primarstufe liegt der Männeranteil bereits bei 22 Prozent, auf der Sekundarstufe I bei 39 Prozent und auf der Sekundarstufe II bei knapp 50 Prozent. Je höher die Stufe, desto höher der Männeranteil. Dies kann zum Teil auf den Lohn oder auf das Ansehen in der Gesellschaft zurückgeführt werden. Frauen erkennen im Lehrberuf eher den Sinngehalt der Arbeit, haben intrinsische Motivation und sind zufrieden. Dies kann auch auf Männer zutreffen. Diese verlangen aber offenbar ein Minimum an sozialer Anerkennung und Bestätigung. Hier muss die Gesellschaft ansetzen und die Attraktivität des Lehrberufs verbessern. Viele Männer möchten Karriere machen und in der Position aufsteigen. Dies ist im Lehrberuf nicht möglich oder man ist dann nicht mehr im gleichen Beruf tätig. Das alleinige Ziel, ein guter Lehrer zu sein, scheint für viele Männer nicht zu reichen. Weiter spielt der Lohn eine grosse Rolle, weshalb der Lehreranteil auf der Sekundarstufe I und höher auch viel grösser ist. Männer sind lohnafter als Frauen. Bei Frauen steht die Familientauglichkeit des Berufes im Vordergrund. Karrieremöglichkeiten bestehen in der Ausbildung zur Schulleitung oder einer Stufenerweiterung zur Sekundarlehrperson, wenn man auf der Primarstufe arbeitet. In beiden Fällen arbeitet die Lehrperson dann nicht mehr auf ihrer Stufe. Wenn man dagegen vorgehen möchte, muss sich die Gesellschaft weiterentwickeln und die Schule und die Gesellschaft müssen als Ganzes überdacht werden. Dies hat wenig oder zumindest nicht alleine mit der Ausbildung zu tun. Insgesamt gibt es offensichtlich viele Ursachen für den hohen Frauenanteil im Lehrberuf. Das heisst aber vor allem, dass die unmittelbaren Arbeitsbedingungen im Beruf und die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung in dieser Frage eine Rolle spielen. All das muss im Auge behalten werden. Für die CVP/EVP-Fraktion ist es aber wichtig festzuhalten: Für die Schülerinnen und Schüler gibt es keinen nachgewiesenen Nachteil, wenn sie nur von weiblichen Lehrpersonen unterrichtet werden. Insofern sehen wir aktuell keinen politischen Handlungsbedarf. Es muss aber darauf geachtet werden, dass der Beruf attraktiv bleibt. Für Schulen sind gemischte Teams sicher

wünschenswert. Aber es gibt keine Anhaltspunkte, dass die Männer im Lehrberuf benachteiligt wären.

Ricklin, SVP: Was macht guten Unterricht aus? Wie können Knaben und Mädchen gleichermassen von einem qualitativ guten Unterricht profitieren? Braucht es mehr Männer? Ich habe mir wieder einmal die Studie "Visible Learning - Lernen sichtbar machen" von Prof. John Hattie zu Gemüte geführt. Diese Metaanalyse bezieht über 50'000 Originalstudien mit insgesamt etwa 83 Millionen Untersuchungsteilnehmern mit ein. Was ich in den Ergebnissen der Hattie-Studie lese, habe ich täglich vor Augen, wenn ich selber unterrichte. So gibt es zahlreiche positiv belegte Effekte auf das Lernen von Schülerinnen und Schülern, welche von der Persönlichkeit der Lehrperson ausgehen. Prof. John Hattie hat diese Effekte und die Rolle der Lehrperson untersucht und in fünf "Botschaften der Exzellenz" zusammengefasst. Diese besagen beispielsweise, dass Lehrpersonen für das Lernen der Kinder entscheidend sind; dass Lehrpersonen wissen müssen, was die einzelnen Schüler denken und wissen, um im Lichte dieses Wissens und auf dem Hintergrund ihres professionellen Wissens, Feedback geben zu können, dass Lehrpersonen die Lernziele und Erfolgskriterien für ihren Unterricht kennen und wissen müssen, ob ihre Schüler diese Kriterien erreichen und was als Nächstes zu tun ist, angesichts der Diskrepanzen zwischen dem Angestrebten und dem Erreichten; und dass Lehrpersonen das Geschäft des Unterrichtens und Lernens direktiv, einflussreich, fürsorglich, aktiv, engagiert und leidenschaftlich betreiben sollten. Das Geschlecht als positiver Einflussfaktor wird dabei nie erwähnt. Es mag sein, dass das Geschlecht der Lehrperson in Einzelfällen einen Einfluss haben kann, doch für einen grundsätzlichen, belegbaren Effekt, gibt es keinerlei Nachweise. Dennoch müssen wir über die fehlenden Männer im Lehrberuf sprechen. Wie es der Regierungsrat in der Beantwortung beschreibt, fühlen sich die Frauen von den Vorzügen des Lehrberufs mehr angesprochen. Vorzüge? Wissen auch die jungen Männer davon? Obwohl seriöse Medien immer wieder versuchen, den Lehrberuf ins rechte Licht zu rücken, gelingt das oft nur mässig oder überhaupt nicht. Reagiert wird auf solche Versuche mit Schimpftiraden in den Kommentarspalten. Wer möchte da noch diesen schönen Beruf erlernen? Ja, die Frauen, denn sie kennen die Vorzüge des Berufs und pfeifen auf Prestige. Erst Jahre später kommen auch die Männer auf den Geschmack und nutzen das Angebot, sich in einer Zweitausbildung zum Lehrer auszubilden. Was wir aber wollen, sind mehr Männer, welche den Lehrberuf als Erstberuf wählen. Dies stärkt auch die Position der Lehrerinnen. Es ist also notwendig, dass die vom Regierungsrat erwähnte Arbeitsgruppe "Personalentwicklung" ein Marketingprogramm zur Gewinnung von jungen männlichen Lehrpersonen und mehr Quereinsteigern lanciert. Es reicht nicht, wenn Zeitungen in regelmässigen Abständen stets mit reisserischen Titeln wie: "Das Schoggileben der Lehrer" oder "Lehrer haben viel Freizeit" über den Lehrermangel berichten. Wir brauchen Titel wie: "Wie man sechs Schulklassen gleichzeitig managt" oder "Als Allrounder ist man im Klassenzimmer genau richtig". Die Inhalte und

das Wissen über die Arbeit des Lehrberufes müssen mehr in die Öffentlichkeit getragen werden. Dank dem Coronavirus ist der Respekt gegenüber dem Lehrberuf zwar etwas gestiegen, denn manche Eltern haben realisiert, dass es wahrscheinlich auch in der Schule nicht ganz realistisch ist, dass ihr Kind ein Selbstläufer ist, sondern dass es pädagogisches Geschick braucht, um bei ihrem Kind das Arbeits-, Lern- und Sozialverhalten, gefüllt mit Fachinhalten, zu fördern und zu fordern. Dass Männer im Lehrberuf immer mehr abwesend sind, darf nicht auf dem Rücken der Lehrerinnen ausgetragen werden. Vor allem ist es nicht seriös zu behaupten, dass dadurch die Knaben benachteiligt werden, da es diesbezüglich keine erwiesenen Kausalzusammenhänge gibt. Es ist viel wichtiger, darauf zu achten, dass der Unterschiedlichkeit und Individualität aller Kinder Rechnung getragen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, muss die Schulleitung eingreifen und der Lehrperson entsprechende Rückmeldungen geben beziehungsweise Weiterbildungen in diesem Bereich empfehlen. Solche Weiterbildungen gibt es übrigens bereits. Ich möchte festhalten, dass es auch für die Frauen von grosser Bedeutung ist, dass wieder mehr Männer die Ausbildung zum Primarlehrer absolvieren. Denn sonst droht mit der Zeit der Lohn hinterherzuhinken, wie man es in anderen von Frauen dominierten Berufen kennt. Da junge Männer den Einkommens- und Karrieremöglichkeiten von Berufen mehr Gewicht beimessen als junge Frauen, muss es deshalb ein Ansatz sein, über das Prestige der Lehrberufe und die Löhne nachzudenken. Eines ist sicher: Auch die Frauen werden danke dazu sagen.

Pfiffner Müller, FDP: Wenn ich meinen Installateur für Haushaltsgeräte aufbiete, dann repariert zu 99 Prozent ein Mann unsere Waschmaschine. Meinen jährlich gelegten Termin bei der Dentalhygiene teile ich seit Jahren mit einer Frau. Es gibt über zahlreiche Berufe hinweg typische Frauen- oder Männerberufe. Niemand stört sich daran. Nun wird bemängelt, dass der hohe Frauenanteil an der PHTG beziehungsweise an der Volksschule den Bedürfnissen der Knaben zu wenig gerecht werde. War es denn die letzten 150 Jahre nicht genau umgekehrt? Aber schauen wir doch lieber nach vorne. Ich bin froh, dass wir in einem neuen Zeitalter leben. In einem Zeitalter, in dem der überwiegende Anteil der Frauen einer Arbeit nachgehen will. Der Lehrberuf mag wohl genau aus diesem Grund ein klassischer Frauenberuf geworden sein, weil es sich darin sehr gut Teilzeit arbeiten lässt. Wenn wir jetzt aber die vorliegende Interpellation zu Ende denken wollen, dann müssen wir konsequenterweise auch die Trends der heutigen Arbeitswelt mit einbeziehen. Diese zeigen nämlich, dass immer mehr Männer den Wunsch äussern, Teilzeit zu arbeiten - und das nicht nur im Lehrberuf. Die Arbeitsteilung von Mann und Frau hat sich verändert. Immer mehr Väter möchten sehen und erleben, wie ihre Kinder gross werden. Sie wollen an der Erziehung partizipieren. Das ist doch eine wunderbare Entwicklung. Folglich ist zu erwarten, dass einerseits der Lehrberuf auch für Männer wieder attraktiver werden wird und dass, wenn Männer zunehmend Teilzeit arbeiten, die Kinder zu Hause wieder vermehrt die Präsenz ihrer Väter erleben. Die Schweiz ist in der

Berufsbildung auf allen Bildungsstufen einzigartig aufgestellt. Wir verfügen in unserer Berufsbildungssystematik über eine Durchlässigkeit, die unseren Lernenden und unseren Studentinnen und Studenten eine individuelle Laufbahn in alle Richtungen ermöglicht. Dort, wo Mangel an Berufspersonen vorherrscht, wird professionelles Berufsmarketing betrieben. In den Gesundheitsberufen beispielsweise ist das seit Jahren der Fall. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir dort steuern sollten, wo wir Fachkräftemangel antreffen und nicht dort, wo es darum geht, ob jetzt ein Mann oder eine Frau einen Beruf inne hat. Ich unterstütze daher die Haltung des Regierungsrates und betrachte steuernde Massnahmen in Fragen der Feminisierung der PHTG und der Volksschule als nicht zielführend.

Schrepfer, SVP: Ich erachte die Feminisierung des Lehrberufes nicht als Hauptgrund für die Benachteiligung der Knaben an der Volksschule. Wenn aber heute und auch an der letzten Sitzung des Grossen Rates darauf hingewiesen wurde, dass sich das Verhältnis von Lehrerinnen und Lehrern auf der Sekundarstufe I beinahe ausgleicht, und damit versucht wird, das Problem zu verharmlosen, ist das einfach falsch. Die Kinder werden in der Primarschule, an der halt hauptsächlich Lehrerinnen arbeiten - nicht, dass diese das Problem wären - bereits so in die Sekundarstufe I eingeteilt, dass sich ein Ungleichgewicht zwischen den Mädchen und den Knaben ergibt. Es wäre schön, wenn die Ratsmitglieder auch dieses Problem anerkennen würden.

Regierungsrätin **Knill:** Ich bedanke mich für die sehr intensive und breit geführte Diskussion rund um das Thema der Feminisierung in der PHTG und im Lehrberuf. Gleich vorweg weise ich den Vorwurf entschieden zurück, dass der Regierungsrat in diesem Themenfeld eine Verharmlosung vornehme oder nicht willig sei, Massnahmen einzuleiten. Wenn wir nicht wollen, dass der Staat die Berufs- und Studienwahl für den Einzelnen übernimmt, dann bleibt uns nur, den freien Entscheid jeder einzelnen Person zu respektieren. Ob er oder sie sich später umschult, einen neuen Beruf erlernt oder quer einsteigt, liegt nicht in der Hand des Staates. Selbstverständlich sollen Bemühungen unternommen werden, breit zu informieren und die Vorteile des Lehrberufs aufzuzeigen. Beim Fussballverband sucht man krampfhaft nach Mädchen. Eine Online-Schlagzeile lautete gestern denn auch: "Jedes Mädchen zählt." – Frauen werden auch für MINT-Berufe, also Berufe in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, dringend gesucht. Verschiedene Studienrichtungen und Berufsfelder werben mit Kampagnen um Frauen. Es wurde erwähnt, wie die Situation in den Pflege- und Medizinberufen aussieht. Ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis wäre in vielen Berufen sehr wünschenswert. Aber nochmals: Der Staat kann hier nur begrenzt oder gar nicht eingreifen. Der Regierungsrat sieht in Bezug auf die PHTG und die Volksschule keine fehlende Gleichstellung der Geschlechter. Wie bereits erwähnt wurde, ist letztlich die Art und Weise der Aufgabenerfüllung, also wie die Lehrperson im Unterricht mit den Kindern umgeht

und in welcher Position und Rolle sie sich sieht, matchentscheidend und weniger, ob es sich bei der Lehrperson um einen Mann oder eine Frau handelt. Der Regierungsrat ist nicht aufgefordert worden, die Folgen des fast hundertprozentigen Männeranteils im Lehrberuf in den letzten 200 Jahren aufzuarbeiten und allfällige Folgen daraus abzuleiten. Wenn wir mehr Männer im Schulzimmer wollen, bedeutet das mehr Knaben an den Mittelschulen und damit eine höhere Maturitätsquote. Wenn es um den Streitpunkt "Königsweg duale Berufsbildung" oder "Mittelschule" geht, haben wir hier im Grossen Rat aber schon ganz andere Voten gehört: keine künstliche Erhöhung der Maturitätsquoten und keinen erleichterten Zugang zur Maturitätsausbildung. Fakt ist aber, dass sich der Anteil der Männer im Gymnasium entsprechend erhöhen muss, wenn wir mehr Männer im Lehrberuf als Erstberuf wollen. Der Kanton Thurgau hat in den letzten Jahren einiges, was in seiner Macht stand, unternommen. Beispielsweise gibt es das allgemeinbildende Studienjahr, das im Auftrag der PHTG an der Pädagogischen Maturitätsschule Kreuzlingen angeboten wird. Dies ist ein sehr beliebtes Angebot, das von jungen Berufsleuten, zu einem hohen Anteil von Männern, besucht wird und aufgrund dessen sich viele dazu entscheiden, den Lehrberuf zu ergreifen und den Umstieg zu machen. Die Zahlen dazu können im Geschäftsbericht nachgeschlagen werden. Vor einigen Jahren wurden Bedenken geäussert und es wurde darüber diskutiert, ob es das allgemeinbildende Studienjahr noch braucht. Der Regierungsrat ist davon überzeugt, dass es dieses unbedingt braucht. 2011 haben der Verband Thurgauer Schulgemeinden, der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Thurgau, das Amt für Volksschule und die PHTG zusammen mit vereinten Kräften eine grossangelegte Informations- und Imagekampagne unter dem Titel: "Unsere Schule ist die beste" gestartet. Der Auftakt erfolgte an der Thurgauer Berufsmesse 2011. Die Kampagne richtete sich an die Bevölkerung des Kantons, im Speziellen an Studentinnen und Studenten und an künftige Studentinnen und Studenten, und warb dafür, den Grundstein der beruflichen Karriere im Lehrberuf zu legen. Die Kampagne hatte zum Ziel, das Ansehen des Lehrberufs zu stärken und aufzuzeigen, was dieser überhaupt beinhaltet. Es sollte aufgezeigt und im Bewusstsein der Öffentlichkeit besser verankert werden, dass der Lehrberuf und das Leben in den Thurgauer Schulen viele Facetten hat und hochattraktiv ist. Wie gross die Wirkung dieser Kampagne war, kann ich an dieser Stelle nicht sagen. Ich möchte mit diesem Beispiel aber zeigen, dass das Bedürfnis der Interpellanten mit der Kampagne bereits 2011 und 2012 aufgegriffen wurde. Es wurden zwar nicht explizit nur Männer angesprochen. In der Kampagne wurde der Lehrberuf aber grundsätzlich als sinnstiftender, wichtiger Beruf präsentiert, in dem es entscheidend ist, wie er ausgeführt und gelebt wird. Es wurde erwähnt, dass man den Inhalt der Studienpläne, des Curriculum, an der PHTG überdenken sollte. Dazu muss ich festhalten, dass der Regierungsrat und auch die PHTG hier nicht frei entscheiden können. In der Schweiz werden alle Studiengänge, die zu einem Lehrdiplom führen, von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) anerkannt. Die EDK-Anerkennung ist stark reglementiert. Würde man hier etwas

ändern wollen, müssten die ganze Lehrerbildung und alle Studiengänge neu gedacht werden. Übrigens: Wenn Autorität nur den Männern zugesprochen würde, müssten viele Frauen aus vielen Führungspositionen und Berufen sofort zurücktreten. Ich möchte festhalten, dass der Regierungsrat in diesem Bereich nur beschränkt Einfluss nehmen kann. Es ist aber wichtig, dass die PHTG darauf achtet, dass sie in ihren Informationen stets auch explizit Männer anspricht. Auch an Berufsmessen, bei der Berufs- und Studienwahl und der beruflichen Orientierung auf der Sekundarstufe sind alle gefordert, Männer auf den Lehrberuf als mögliche Ausbildungsoption anzusprechen. Zu den Fragen 4, 5, und 7 hat der Regierungsrat kurz und klar festgehalten, dass er Anstrengungen in diese Richtung weiterhin als wichtig erachtet, an dieser Stelle aber kein übergeordnetes staatliches Eingreifen für eine Erhöhung des Männeranteils im Lehrberuf vorsieht.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.

4. Interpellation von Kurt Egger, Peter Bühler, Hansjörg Haller, Stefan Leuthold und Sonja Wiesmann vom 8. Mai 2019 "Nachhaltig Investieren" (16/IN 45/371)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Bühler, CVP/EVP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung herzlich. Wenn man auf sechs Fragen eine sechsseitige Antwort erhält, spürt man, dass die Fragen ernst genommen wurden und dass "Nachhaltig Investieren" auch dem Regierungsrat wichtig ist. Nichtsdestotrotz sind wir nicht bei allen Antworten gleich befriedigt. Wir glauben, dass es noch Luft nach oben gibt und die Thematik eine breite Diskussion verdient. Daher **beantrage** ich namens der Interpellanten Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Bühler, CVP/EVP: Oscar Wilde sagte einmal: "Heute kennt man von allem den Preis, von nichts den Wert." Dieses Bonmot wird von Arthur Schopenhauer ergänzt, der einst sagte: "Kein Geld ist vorteilhafter angewandt als das, um welches wir uns haben prellen lassen: denn wir haben dafür unmittelbar Klugheit eingehandelt." Darum geht es, wenn wir von "Nachhaltig Investieren" sprechen. Der immense Kapitalfluss auf den Finanz-, Devisen- und Börsenmärkten hat eine unglaubliche Kraft, etwas zu bewirken, das für die Menschen vorteilhaft und gut ist. Aber auch genau das Gegenteil kann der Fall sein, wenn man in Techniken von vorgestern investiert, wenn man Raubbau an Mensch, Tier und Natur betreibt und wenn man Wohlstand gewinnt, dafür aber tote Seelen zurücklässt. Selbst wenn das rein bildlich gesprochen ist, soll es doch die Kraft ausdrücken, welche in den Finanzströmen der Anleger steckt. Wir sind mit unseren kollektiven Spar-tätigkeiten via Pensionskassen, Versicherungen und Bankinstitutionen mittendrin, nicht nur ein bisschen dabei. Der Regierungsrat hat es wieder einmal nicht einfach. Alle wollen etwas. Jetzt soll er gar beim Kanton und den angeschlossenen Institutionen für "Friede, Freude, Eierkuchen" sorgen, wenn es um die Investitionen geht. Er soll eine ausgewogene Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten sicherstellen. Bezüglich Nachhaltigkeitsbemühungen gibt der Regierungsrat dem Kanton Thurgau und sich selbst gute Noten. Ich teile diese Einschätzung vollumfänglich. Etwas zögerlich sind dann aber die Antworten auf die Frage 3. So schreibt der Regierungsrat explizit: "Der Regierungsrat erachtet eine langfristige Ausrichtung der Anlagen auf Nachhaltigkeit als wünschenswert." Sie haben es richtig gehört: wünschenswert. Ich konnte das nicht glauben. So formuliert, ist es einfach nett, freundlich, natürlich, etwas unverbindlich und ganz bestimmt nicht verpflichtend. Unseres Erachtens geht dies ganz klar zu wenig weit. Mit dieser Formulierung würde man beispielsweise im Strassenverkehr

den Autofahrern sagen, dass es schön wäre, wenn sie nicht zu grosse Tempi auf einer Ausserortsstrasse aus ihren Autos "herauskitzeln". Dort gibt es aber klare und verbindliche Ansagen: 80 Stundenkilometer. Wer nicht spurt, wird geblitzt und dann gebüsst. Das ist Verbindlichkeit. Der Thurgauer Kantonalbank gibt der Regierungsrat gute Noten. Ich teile diese Auffassung und würde mir wünschen, dass dies auch für die übrigen staatsnahen Betriebe sowohl bezüglich Transparenz, aber auch bezüglich Einfluss auf Anlageentscheide Standard wäre. Nachhaltige Anlagen sind nämlich auch rentabel. Bei der Raiffeisenbank, um auch die zweite Thurgauer Grossbank zu erwähnen, gibt es einen Aktienfonds Schweiz und einen nachhaltigen Anlagefonds, den Raiffeisen Futura-Fonds. Auf fünf Jahre gerechnet verzeichnet der normale Aktienfonds eine Rendite von 5,7%, der nachhaltige gar eine solche von 6,4% pro Jahr. Wenn man also glaubt, dass sich nachhaltig Investieren nicht lohnt, liegt man falsch. Betreffend Anlagestiftung Ethos, der Schweizerischen Stiftung für nachhaltige Entwicklung, teile ich die Meinung des Regierungsrates nicht. Jede Institution, welche direkt Aktien hält, also beispielsweise auch die Pensionskasse Thurgau, sollte für die Generalversammlung der betreffenden Unternehmen mit Ethos zusammenarbeiten. Nur dank derer kritischen Voten, vor allem dann, wenn es um Vergütung des Managements in den "Teppichetagen" geht, konnten die allerschlimmsten Lohnexzesse in den letzten Jahren wenigstens ein bisschen eingedämmt werden. Auch wenn die erfolgreiche Abzocker-Initiative nicht derart scharfzahnig wurde, wie man es sich wünschte und den Bürgern versprochen wurde, würde es den Thurgauern aber gut anstehen, wenn wir unsere staatsnahen Betriebe, welche direkte Aktienengagements halten, empfehlen würden, sich mit Ethos zusammen für die Thurgauerinnen und Thurgauer im Sinne einer anständigen Entlohnung der Managements einzusetzen. Ich habe mit einem Zitat begonnen, und ich werde mit einem Zitat aufhören. Mark Twain sagte einmal: "Man könnte viele Beispiele für unsinnige Ausgaben nennen, aber keines ist treffender als die Errichtung einer Friedhofsmauer. Die, die drinnen sind, können sowieso nicht hinaus, und die, die draussen sind, wollen nicht hinein." Nachhaltige Investitionen gehören nicht in diese Kategorie. Ich bitte die Ratsmitglieder, das bei ihren Voten und Entscheiden nie zu vergessen.

Kappeler, GP: Ich habe die Beantwortung des Regierungsrates mit Freude gelesen. Das Bewusstsein, dass bei Investitionen und Kapitalanlagen nebst den ökonomischen Gesichtspunkten auch ökologische und soziale Aspekte zu berücksichtigen sind, ist offensichtlich vorhanden; Tendenz steigend. Dies trifft sowohl auf den Kanton selbst, als auch auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten wie die EKT Holding, die Gebäudeversicherung Thurgau oder auch die Thurgauer Kantonalbank zu. Ein herzlicher Dank an unseren Regierungsrat, an unsere Verwaltung und an unsere Anstalten, die, wie auch immer, mit Finanzverwaltung und Investitionen befasst sind. Der Kanton Thurgau und seine Anstalten als strahlend weisser, ökologischer und sozialer Ritter in glänzender Rüstung: Ein Bild, das mir, ganz ohne Ironie, sehr gefällt. Es kontrastiert allerdings sehr mit Aussagen zum

Finanzplatz Schweiz, welche ich im Report "Klima-Masterplan" der Klima Allianz Schweiz gefunden habe. Hätte ich das nicht schon mehrmals und anderswo gelesen, würde ich es nicht glauben: Der Finanzplatz Schweiz hat weltweit Treibhausgas Emissionen zu verantworten oder mit zu verantworten, die 20 Mal grösser sind als sämtliche Inlandemissionen, verursacht durch Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und Wohnen. Das Kapital arbeitet offensichtlich umweltschädigend. Es sind vor allem Investitionen in die Öl-, Gas- und Kohleindustrie. So verlangt die Klima-Allianz, dass nicht mehr in Öl, Gas oder Kohle investiert werden darf und Pensionskassen, Banken und Versicherungen regelmässig über die Klimafolgen ihrer Investitionen Bericht erstatten. Am letzten Donnerstag strahlte das Schweizer Fernsehen eine DOK-Sendung aus mit dem Titel: "Schmutzige Geschäfte". Darin wurden Kredite unserer Grossbanken an RWE, den Braunkohleproduzenten und Stromgiganten, thematisiert. RWE ist der grösste CO₂-Verursacher Europas. RWE macht ganze Dörfer dem Erdboden gleich und verwandelt fruchtbare Gegenden in Mondlandschaften; mit Hilfe der beiden Schweizer Grossbanken. Thematisiert wurden auch Kredite an US-amerikanische Firmen wie Diamondback, die mit Fracking-Methoden Schieferöl fördern, dabei aber das Methan lediglich abfackeln; zum Teil unverbrannt und damit nochmals sehr viel klimaschädlicher. Gemäss der DOK-Sendung gewähren unsere beiden Grossbanken den US-Ölkonzernen seit 2016 Kredite in der Höhe von 70 Milliarden Dollar. Das sind nicht nur umweltschädigende Kredite, sondern sie sind zudem auch hoch riskant. In den Ausführungen zu unserer vorbildlichen Thurgauer Kantonalbank ist zu lesen, dass sich unsere Bank in einem Verein engagiert, der die Entwicklung von nachhaltigen Bank- und Finanzprodukten fördert. Das macht Hoffnung. Ich bitte die Thurgauer Kantonalbank, dazu beizutragen, damit der Finanzplatz Schweiz seinen gigantischen ökologischen Fussabdruck verkleinert. Es eilt.

Wiesmann Schätzle, SP: Es ist spürbar, dass das ökologische Bewusstsein des Thurgaus auf einem guten Level ist. Nachhaltigkeit hat im Thurgau eine Geschichte, und sie ist durchaus in der Beantwortung zu spüren und herauszulesen. Mit den gewählten Grundsätzen ist Nachhaltigkeit nicht nur ein Wort, sondern es sind klare Vorgaben, die zu erfüllen sind. Soweit es möglich ist, dies zu beurteilen, zeigt die Beantwortung offen und transparent auf, wie und wo die verschiedenen Grundsätze umgesetzt werden. Wie komplex die verschiedenen Finanzströme oder Geldflüsse verlaufen, fällt bei der EKT Holding auf. Dort haben wir Axpo Aktien. Die Axpo ihrerseits hält Beteiligungen, Tochtergesellschaften etc. Diese Finanzflüsse sind durchaus einiges schwieriger nachzuverfolgen oder nachzuvollziehen. Ich stelle mir die Geldflüsse wie unsere Thur vor. Wenn ich in Wigoltingen Wasser aus der Thur schöpfe, ist das für mich reines Thurwasser. Ein Teil stammt aber aus der Quelle ennet der Kantonsgrenze, aus der Sitter, als Regen vom Himmel und allenfalls hat jemand irgendwo Schmutzwasser eingeleitet. Es ist dann die Kunst, die Einleitstelle des Schmutzwassers zu finden. Die Aussagen wie beispielsweise, dass bei Kapitalanlagen die Faktoren Umwelt, Soziales, Unternehmensführung (ESG)

mitberücksichtigt werden, lassen mich ein wenig aufhorchen. Wie ist dies zu verstehen? Werden die verschiedenen Kriterien wie Marktpreis 99% und Umwelt 1% gewichtet? Nicht in jedem Fall kann abschliessend die Herkunft und die Verwendung der finanziellen Mittel geklärt werden. Es ist jedoch wichtig, dass die Massstäbe gesetzt und soweit wie möglich gelebt, umgesetzt und überprüft werden. Die verschiedenen Reglemente über die Mittelbeschaffung und -bewirtschaftung zeigen sicherlich in die richtige Richtung.

Leuthold, GLP: Die GLP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung. Es ist erfreulich zu sehen, dass sowohl der Kanton Thurgau als auch die sich in seinem Besitz befindlichen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei ihren Geldanlagen den Grundsatz der Nachhaltigkeit ernst nehmen und bestrebt sind, diesen bestmöglich umzusetzen. Aber weshalb ist nachhaltiges Investieren so wichtig? Dazu ein Beispiel: Bestimmt haben Sie schon einmal von der Multimilliardärs-Familie Rockefeller aus den Vereinigten Staaten von Amerika gehört. John D. Rockefeller stieg um 1860 als Pionier in das damals boomende Öl-Business ein. Er war Gründer der "Standard Oil Company", welche später in "ESSO" umbenannt wurde und sich heute "ExxonMobil" nennt. Die Familie Rockefeller hat sich in der Vergangenheit mit fossiler Energie eine "goldene Nase" verdient. Sie war clever und zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Ganz nebenbei erwähnt, haben die Rockefellers in den letzten 150 Jahren auch einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung geleistet. Vor sechs Jahren machten die Rockefeller-Erben auf spektakuläre Weise auf sich aufmerksam: Sie entschieden, sämtliche ihre Vermögensanteile an fossilen Energien zu verkaufen. Seither sind weltweit Tausende von Firmen, Investmentfonds und Vermögensverwalter diesem Beispiel gefolgt. Über 14 Billionen US-Dollar wurden weltweit aus der Branche der Öl-, Gas-, Kohle- und Atomenergie abgezogen; Tendenz steigend. Aber weshalb? In den letzten Jahren haben sich Wertverluste auf den Anlagen in Unternehmen der fossilen Wirtschaft abgezeichnet. Fachleute sprechen von der "Carbon Bubble", einer Blase, die immer mehr Luft verliert. Nehmen wir nochmals als Beispiel "ExxonMobil": Seit dem Ausstieg der Familie Rockefeller aus den fossilen Energien hat sich der Aktienkurs bis heute praktisch halbiert, und die Erträge aus diesen Sektoren liegen deutlich unter dem Marktdurchschnitt. "ExxonMobil", einmal die teuerste Firma der Welt, ist nun sogar aus dem amerikanischen Aktien-Index entfernt worden. Die Verhinderung der Klimaerhitzung erfordert einen epochalen Umbruch der Weltwirtschaft. In kürzester Zeit wird die fossilabhängige Wirtschaft auf erneuerbare Energien umsteigen müssen. Die Unternehmen der fossilen Energien werden durch die grünen Wirtschaftszweige verdrängt. Die Rockefellers haben diese Entwicklung vorausgesehen. Sie sind rechtzeitig ausgestiegen und konnten so hohe Verluste vermeiden. Zur Pensionskasse des Kantons Thurgau: Im Oktober 2018 hat das Bundesamt für Umwelt ein Gutachten publiziert. Dieses legt fest, dass das klassische Risikomanagement in der Vermögensverwaltung um die Dimension der Klimarisiken erweitert werden muss. Weiter sagt das Gutachten, dass die heutigen Investitionen der Schweizer Pensionskassen einen CO₂-Ausstoss finanzieren, der eine katastrophale

Klimaerhitzung von 4 bis 6 Grad Celsius verursache. Es wären Investitionen nötig, welche die Begrenzung auf 1,5 Grad möglich machen. Die Verantwortlichen der Pensionskassen stehen in der Pflicht, die Unternehmen der fossilen Energien aus ihren Anlagebeständen zu entfernen und das freigewordene Geld für die Förderung der klimapositiven Unternehmen einzusetzen. Wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, liegt die Verantwortung für die Anlagestrategie der Pensionskasse Thurgau nicht bei ihm, sondern bei der Pensionskassenkommission, welche sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt. Deshalb unser Appell an die Mitglieder der Pensionskassenkommission, an die Versicherten und die Rentenbezüglerinnen und -bezügler, Einfluss auf die Strategie der Pensionskasse Thurgau zu nehmen. Mit wenig Aufwand, ohne Risiko und ohne Komforteinbusse kann eine grosse Hebelwirkung hin zu mehr Nachhaltigkeit im Finanzsektor erreicht werden. Dies ist nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern auch der Allgemeinheit.

Wüst, EDU: Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die solide Beantwortung. Wir sind froh, dass bereits so viel nachhaltig umgesetzt wurde. Auch wenn vieles gut oder sehr gut ist, gibt es doch laufend neue Herausforderungen, um die Nachhaltigkeit zu verbessern. Dass der Regierungsrat diesem Thema in Zukunft mehr Beachtung schenken will, finden wir super. Bei allen Eigentümerstrategien sollte dieser Punkt aufgenommen werden, um eine messbare und vergleichbare Situation zu schaffen. Wenn man in der Suchmaschine des Internets "Nachhaltigkeit" eingibt, wird man fast erschlagen. Hat der Regierungsrat für alle Bereiche eine Definition, was Nachhaltigkeit bedeutet? Zu Nachhaltigkeit würden wir den Begriff "enkeltauglich" postulieren. Für uns ist Nachhaltigkeit ein Weg, auf dem man sich laufend verbessern kann und verbessern soll. Das heisst, dass der Weg das Ziel ist. Wir danken dem Regierungsrat für seine gute Arbeit.

Tschanen, SVP: Die SVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung. Es zeigt sich, dass sich unser Kanton mit den dazugehörigen Anstalten, Werken und eigenständigen Aktiengesellschaften auf dem Geldmarkt schon jetzt sehr nachhaltig engagiert. Einen kurzfristigen Eingriff in die Eigentümerstrategien bezüglich Nachhaltigkeit sehen wir als nicht gegeben. Gerade in der Pensionskasse Thurgau steht das Wohl der Versicherten an oberster Stelle. Dies muss gerade auch bei nachhaltigen wie auch anderen Anlagen an oberster Stelle stehen. So vertrauen wir den unterschiedlich zusammengesetzten Verwaltungsräten und der Pensionskassenkommission, und wir sind davon überzeugt, dass sie sich ihrer Verantwortung mehr als bewusst sind und diese auch leben.

Haller, CVP/EVP: Im Namen der CVP/EVP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für die gute und umfassende Beantwortung. Es ist selbstredend, dass wir

das Votum des Interpellanten teilen. Die Ausführungen des Regierungsrates sind aufschlussreich und gehen in die gewünschte Richtung. Wir anerkennen die Bemühungen, die Investitionen nach ESG-Kriterien zu tätigen und honorieren die Bestrebungen. Wir erwarten allerdings seitens des Regierungsrates, dass er bei der EKT Holding und bei der Gebäudeversicherung Thurgau nicht nur den Wunsch äussert, nachhaltig zu investieren, sondern dies erwartet oder noch stärker fordert, dies zu tun. Es ist erfreulich, dass die Thurgauer Kantonalbank in der Umsetzung der Nachhaltigkeit auf gutem Weg ist. Ich gehe davon aus, dass sich diese Strategie langfristig auszahlt und das gute Image, welches die Kantonalbank aufweist, sogar noch verbessert. Bei der EKT Holding sehen wir noch Luft nach oben. Wir erwarten, dass bei Anlagen über Vermögensverwaltungsmandate, im Minimum Nachhaltigkeit nach ESG-Kriterien verlangt wird, das heisst, ein Teil des Vertrags werden muss. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass eine solche Strategie nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann und alles rasch geht. Auch die Gebäudeversicherung Thurgau ist auf einem guten Weg. Aus der Beantwortung des Regierungsrates geht allerdings hervor, dass nur bei den Bauten ersichtlich wird, welche Standards bei der Gebäudeversicherung Thurgau gelten: Minergie-P mit Solarzellen oder vergleichbare Standards. Das ist sehr begrüssenswert und aus unserer Sicht auch unerlässlich. Es wird aber nicht klar, nach welchen Standards Kapitalanlagen der Gebäudeversicherung Thurgau bereits jetzt und in Zukunft getätigt werden. Da erwarten wir mehr Transparenz. Bei der Pensionskasse nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass ab Geschäftsbericht 2019 auch über ESG-Investitionen berichtet wird. Hier erwarten wir weitere Anstrengungen in Richtung der Transparenz und Nachhaltigkeit. Aus der Beantwortung müssen wir schliessen, dass der Strategiewechsel eher zurückhaltend vollzogen wird. Die Versicherten haben aber ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie ihre Gelder angelegt werden, um allenfalls über ihre Delegierten Einfluss auf die Anlagestrategie nehmen zu können. Hier erachten wir eine Analyse durch Ethos oder ähnliche Institutionen nicht nur als hilfreich, sondern als erforderlich. Wir haben es bereits gehört, dass nachhaltige Anlagen nicht per se schlechtere Performances haben, häufig haben sie sogar bessere. Wir sind der Meinung, dass die Stossrichtung aller Institutionen in die richtige Richtung geht, teilweise aber durch eine deutlichere Erwartungshaltung des Regierungsrates in den nächsten Jahren noch verbessert werden sollte und verbessert werden muss.

Pfiffner Müller, FDP: Ich verlese das Votum meiner Fraktionskollegin Kristiane Vietze: "Im Namen der FDP bedanke ich mich für die gestellten Fragen sowie für die Beantwortung des Regierungsrates. Mit nachhaltig begründeten Investitionen können Anleger dazu beitragen, eine bessere Welt für künftige Generationen zu gestalten. Es ist bereits heute Trend, Nachhaltigkeit als Kriterium in einer Anlagestrategie zu berücksichtigen. Mehr und mehr Kapital fliesst in nachhaltige Anlagen und Nachhaltigkeit gehört seit vielen Jahren zu unternehmerischem Denken dazu. Die erhöhte Nachfrage wirkt sich im Übrigen per se bereits positiv auf die Kursentwicklung nachhaltiger Anlagen aus. Die

Coronakrise hat diesen Trend noch verstärkt. Dass auch die öffentliche Hand Kriterien für Nachhaltigkeit berücksichtigt, finden wir richtig und wichtig. Die Beantwortung des Regierungsrates zeigt auf, dass der Kanton Thurgau mit seinen Anstalten bereits jetzt bewusst auf Nachhaltigkeit setzt und dies auch im Reglement über die Mittelbeschaffung und Bewirtschaftung explizit berücksichtigt, dabei allerdings wichtige weitere Kriterien nicht aus den Augen lässt. Es ist richtig, dass bei kantonalen Kapitalanlagen ein enger Bezug zum Kanton Thurgau besteht und bei der Mittelbewirtschaftung die Liquidität im Vordergrund steht. Bezüglich Pensionskasse begrüßen wir die im Geschäftsbericht 2019 neu aufgenommene Berichterstattung zur Nachhaltigkeit im Portfolio der Pensionskasse Thurgau. Allerdings tut sie auch gut daran, ihr Hauptaugenmerk auf die Ertrags-situation und die positive Entwicklung des angelegten Kapitals zu richten. Das ist ihre hauptsächliche Aufgabe, und sie ist in diesem Bereich stark reguliert. Die Frage, ob ein Beitritt zur Stiftung Ethos beispielsweise für die Pensionskasse sinnvoll wäre, ist knackig. Wir haben sie kontrovers diskutiert. Stimmrechtsberater vermögen mit ihren Stimmrechtsempfehlungen namhafte Anteile von Aktienstimmen zu bewegen, ohne selbst oder nur minim Aktien zu halten. Das verhilft einem Anliegen, beispielsweise der Nachhaltigkeit, zu mehr Gewicht. Allerdings entstehen Interessenkonflikte, wenn Stimmrechtsberater einerseits die Unternehmen analysieren und zuhanden der Aktionäre und der Öffentlichkeit bewerten und kritisieren, andererseits aber gleichzeitig Beratungsdienstleistungen für dieselben Emittenten anbieten. Das Schweizer Parlament will übrigens die Stimmrechtsberater an eine kürzere Leine nehmen. Im Juni wurde eine Motion von Thomas Minder angenommen, welche den Bundesrat beauftragt, eine Gesetzesänderung zur Vermeidung von Interessenkonflikten der Stimmrechtsberater bei börsenkotierten Aktiengesellschaften vorzulegen. Die Rolle, welche Finanzdienstleistungen beziehungsweise Anlagestrategien im Bereich der Nachhaltigkeit spielen können, darf nicht missverstanden oder überbewertet werden. Der Sektor reagiert auf Veränderungen in breiten Meinungskreisen, er treibt den Wandel nicht selbst voran. Es gibt eine Grenze dafür, wie viel er tun kann. Der Umfang der direkten Kontrolle ist geringer, als oft angenommen wird. Trotzdem finden wir es richtig und wichtig, der Nachhaltigkeit unter ökologischen, sozialen und unternehmensführungsorientierten Gesichtspunkten auch in Finanzanlagen Gewicht zu geben. Es lohnt sich."

Vogel, GP: Wir haben es bereits zur Genüge gehört: Der Schweizer Finanzplatz ist mit seinen Investitionen weit weg von der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Er verursacht ein Vielfaches der Emissionen, welche im Inland entstehen. In der Schweiz werden 25% des weltweit grenzüberschreitenden Privatvermögens verwaltet. Da sitzen im Vergleich zur Bevölkerung wenige Männer und Frauen an sehr grossen Hebeln, und sie sind bis jetzt nicht bereit, diese Verantwortung auch wahrzunehmen. Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung, welche zu Beginn überzeugend klingt. Ich hätte mir jedoch eine etwas differenziertere Betrachtung der Sachverhalte gewünscht. So investiert

beispielsweise die Axpo sehr wohl in erneuerbare Energien, hält jedoch auch noch grössere Beteiligungen an fossilen Kraftwerken, und sie ist im Gasgeschäft tätig. 2019 verkaufte sie etwa gleich viel Strom aus konventionell-thermischen Kraftwerken wie aus der Wasserkraft. Die EKT Holding ist hier in der Verantwortung, als Aktionärin Druck zu machen, damit die Axpo für eine echte und schnelle Energiewende einsteht. In der Beantwortung des Regierungsrates heisst es, dass die Pensionskasse ein Drittel ihres Vermögens nachhaltig investiere. Wir könnten auch sagen, dass zwei Drittel des Vermögens noch nicht nachhaltig investiert werden. Ich möchte hier den laufenden Wandel, welcher bei der Pensionskasse stattfindet, nicht absprechen. Jedoch ist noch ein weiter Weg zu gehen. Wir sollten uns fragen, was es bedeutet, ein Drittel nachhaltig zu investieren. Betrachten wir das ESG-Rating des MSCI ACWI Index, ein Index, welcher versucht, den Aktienmarkt der ganzen Welt abzubilden, sind 30% dieses Portfolios bereits als nachhaltig im Sinne eines AA- oder AAA-Ratings gemäss ESG klassifiziert. Wenn man einfach so in die Welt hinaus in alle Aktienmärkte etwa gleich stark investiert, macht man bereits 30% nachhaltige Anlagen. Ein Drittel nachhaltige Investitionen ist also bestenfalls Durchschnitt und wird erreicht, ohne dass man sich beim Investieren konkrete Nachhaltigkeitsgedanken macht. Das A-Rating der Pensionskasse Thurgau bezeugt dies auch. Die Pensionskasse ist nicht mehr in dreckige Investitionen verwickelt als der Durchschnitt, aber auch noch weit weg von einer Leaderposition. Blicken wir über die Grenze nach Zürich, sehen wir beispielsweise eine Pensionskasse, welche Unternehmen konsequent ausschliesst, die mehr als 5% Umsatz mit Kohle machen. Übrigens, eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung würde gemäss einer Umfrage der GfS Nachhaltigkeitskriterien für Pensionskassen gerne gesetzlich verankert sehen. Viele wären dafür sogar bereit, auf einen Teil der Rendite zu verzichten. Diverse Untersuchungen halten fest, dass nachhaltige Investitionen gleichviel oder sogar mehr Rendite abwerfen. Der weltweite MSCI Socially Responsible Investment Index erwies sich bisher auch in der Coronakrise als stabiler. Schlussendlich brauchen wir wohl einen Mix. Wir müssen ein "Divestment" aus Firmen machen, welche wirklich nur von fossilen Energien leben, wir müssen in Firmen ein "Impact Investing" machen, die wirklich einen nachhaltigen Nutzen bringen, und wir müssen unsere Aktionärsrechte ausüben, um Druck auf die restlichen Unternehmen zu machen, damit diese nachhaltig wirtschaften. Es ist wichtig, dass wir heute beginnen und an Tempo zulegen. Die Klimakrise ist da. Jede Investition, die heute in fossile Energien fliesst, ist eine Investition gegen die kommenden Generationen. Auch der Thurgau und seine Anstalten haben hier noch einen Weg zu gehen und eine Verantwortung, welche wahrgenommen werden muss. Wir sollten mehr Transparenz und Mitbestimmung schaffen. Die Bevölkerung will das. Wir sollten genau und kritisch hinschauen und dafür sorgen, dass das Geld in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit investiert wird.

Reinhart, GP: Die Beantwortung des Regierungsrates zeigt, dass der Kanton bei Investitionen und Kapitalanlagen nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt. Das ist eine gute Nachricht, denn mit nachhaltigen Investitionen lassen sich durchaus gute Renditen erzielen. Die Realität ist aber leider so, dass das heutige Investitionsverhalten der Schweiz eine globale Erwärmung von 4 bis 6 Grad Celsius unterstützt. Wie wir bereits gehört haben, wurde zu diesem Thema eine beeindruckende DOK-Sendung im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt. Investitionsentscheidungen sind von grösster Bedeutung. Sie sind mitentscheidend, wie viele Treibhausgase zukünftig emittiert werden. Genau deshalb ist es von grosser Bedeutung, dass wir im Bereich der Investitionen und Kapitalanlagen ganz genau prüfen, ob bereits heute Potential nach oben besteht. Der Regierungsrat schreibt unter anderem, dass er Geldmarktanlagen des zentralen Cash Managements ausschliesslich mit schweizerischen Geldinstituten tätige. Mir und hoffentlich auch dem Regierungsrat stellt sich die Frage, welche Anlagestrategie wiederum die Geldinstitute haben, welche globale Erwärmung sie mit ihrer Anlagestrategie unterstützen und welche Nachhaltigkeitsstrategie sie verfolgen. Sind soziale Engagements und Frauenquoten bei diesen Geldinstituten ein Thema? Herrscht entsprechende Transparenz? Von wichtigen Lieferanten werden Aktien und Anteilsscheine gehalten, um die strategische Bedeutung der Beziehung zu unterstreichen und erweiterte Informationen zur Geschäftsbeziehung zu erhalten. Erhält oder verlangt der Regierungsrat da auch Informationen betreffend Umweltmanagement oder CO₂-Absenkpfad dieser Betriebe? Verlangt er genaue Informationen zu deren Nachhaltigkeitsstrategien? Herrscht diesbezüglich auch genügend Transparenz? Der Regierungsrat erachtet eine langfristige Ausrichtung der Anlagen auf Nachhaltigkeit als wünschenswert, unter der Voraussetzung, dass damit die Wirtschaftlichkeit nicht eingeschränkt wird. Eine Studie des Bundesamtes für Umwelt aus dem Jahr 2016 zeigt bereits, dass es klimafreundliche Indizes gibt, die entsprechende Strategien umsetzen. In zehn von elf untersuchten Fällen erwies sich die Rendite als höher. Ein besseres Rendite-Risiko-Verhältnis erzielen acht der elf klimafreundlichen Strategien gegenüber ihrem konventionellen Vergleichsindex. Die Voraussetzungen für Anlagen, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, sind bereits heute gegeben. Sie müssen nicht länger Wunschdenken bleiben.

Stokholm, FDP: Ich danke für die vielen Voten. Als ehemaliger Präsident der Pensionskasse Thurgau und heutiger Präsident einer städtischen Pensionskasse erlaube ich mir, auf die Problematik und die Schwierigkeit der Umsetzung der Wünsche hinzuweisen, welche so nicht einfach umzusetzen sein werden. Wir haben gehört, dass es Anlagen gibt, die durchaus nachhaltig und ökologisch sinnvoll sind. Allerdings stellt sich der Pensionskasse das Problem, ob es die Anlagen gibt und ob sie verfügbar sind. Sind sie auf dem Markt? Kann man als grosse Pensionskasse, wie es die Pensionskasse Thurgau ist, in genügend grossem Mass investieren oder sind es einfach kleine Investitionen? Diese wären sehr aufwendig, und sie würden die Verwaltung der Pensionskasse stark

belasten. In der Umsetzung steckt nicht nur ein kleiner, sondern ein sehr grosser Teufel. Die alternativen Anlagen sind teilweise nicht in genügendem Masse vorhanden. Teilweise haben sie auch nicht das Rating, also die Sicherheit, welches eine Kasse braucht. Selbst in der städtischen Pensionskasse haben wir Mühe, auf Investitionen im Bereich der Aktien und Anlagen zu kommen, welche beispielsweise über ein Rating besser als BBB verfügen. So einfach ist es nicht. Die Pensionskassen haben eine Verpflichtung gegenüber den Versicherten, auch sicher anzulegen. Es ist also ein Zielkonflikt ersichtlich, der mit den Wünschen der Ratsmitglieder vielleicht nicht leicht zu vereinen ist. Deshalb stecken die Verantwortlichen der Pensionskassen meistens nicht einfach den Kopf in den Sand, weil sie nicht hören wollen, was der Grosse Rat sagt, sondern sie haben in der Umsetzung echte Schwierigkeiten. Vielleicht hilft ihnen da Ethos in der Bewertung. Solche Bewertungen gibt es aber auch von anderen, denn man darf nicht vergessen, dass Ethos in der Kritik steckt. Es ist auch hier nicht einfach, Beraterinnen und Berater und Stimmrechtsvertreterinnen und -vertreter zu finden, die genügend grosse Unabhängigkeit haben.

Gemperle, CVP/EVP: Kantonsrat Anders Stokholm hat mich auf den Plan gerufen. Ich habe vor etwa zehn Jahren den Geschäftsführer der Pensionskasse Thurgau eingeladen und ihm Studien gezeigt, wie die Photovoltaik in Deutschland funktioniert und rentiert. Damals gab es in der Schweiz noch die guten Verträge für kostendeckende Einspeisevergütungen. Ich habe ihn gebeten, für Gewerbebauten mit grossen Dächern einen Fonds zu schaffen und hier tätig zu werden. Man hat mir zugehört, die Idee aber schliesslich verworfen. Wie wir heute wissen, wäre sie goldrichtig gewesen. Trotz 100% Sicherheit dank Bundesgarantie und tausenden Verträgen, wie es funktioniert und dass es funktioniert, wurde es nicht gemacht. Die Gewerbe- und Bauernbetriebe hatten damals nicht das Kapital, um grosse Anlage zu realisieren.

Regierungsrat **Martin**: Nachhaltige Kapitalanlagen sind sehr wichtig, auch für den Regierungsrat. Ich möchte ein persönliches Schlüsselerlebnis schildern: Ich war im September 2015 während fünf Tagen in Singapur. Ich habe dort das Gesundheitssystem genauestens analysiert. In den fünf Tagen war es immer um die 30 Grad warm und schönes Wetter. Ich habe die Sonne aber nie gesehen, weil es über der Stadt permanent Smog hatte. Ich bin der Sache nachgegangen. Ursache für den Smog waren Palmölplantagen im benachbarten Indonesien, welche niedergebrannt wurden. Vor etwa 15 Jahren gab es eine Feinstaubbelastung in der Schweiz, welche zu einer Temporeduktion auf der Autobahn führte. Wir verzeichneten Grenzwerte von 70 Mikrogramm. In Singapur gab es bereits am Morgen Grenzwerte von 330 Mikrogramm. Gemäss Bundesamt für Umwelt müsste man dort halb tot sein. Ich habe gefragt, weshalb Singapur bei Indonesien nicht interveniert. Die Antwort war ganz einfach: Weil Singapur selbst an den Palmölplantagen beteiligt ist. Namens des Regierungsrates danke ich für die gute Aufnahme unserer Beant-

wortung. Sie ist umfassend und zeigt, dass der Regierungsrat seine Hausaufgaben gemacht hat. Dort, wo der Regierungsrat direkt zuständig ist, gibt es ein Reglement, welches ESG-Kriterien vorschreibt. Der Regierungsrat ist nicht überall direkt verantwortlich. Das ist das Problem. Ich hatte bei einigen Votanten etwas das Gefühl, dass man einen Skandal sucht, den es wirklich nicht gibt. Der Regierungsrat ist mustergültig unterwegs. Er ist nicht für den Schweizer Finanzplatz verantwortlich. Auch kann er das Pariser Klimaabkommen nicht alleine umsetzen. Wir machen das, was in unserer Macht steht. Es stimmt, dass man teilweise mehr machen könnte. Ich möchte aber daran erinnern, dass die Thurgauer Kantonalbank in Sachen Nachhaltigkeit ein wahres Musterbeispiel ist. Sie ist Gründungsmitglied des Swiss Finance Institute. Auch die Pensionskasse Thurgau tut viel. Wie der ehemalige Präsident sehr zu Recht angefügt hat, gibt es manchmal Zielkonflikte zwischen Anlagesicherheit und Nachhaltigkeit. Dies wurde ebenfalls erwähnt. Nachhaltigkeit und Rendite ist per se kein Widerspruch. Das zeigen beispielsweise die Aktienkurse eines amerikanischen Elektrofahrzeugherstellers, welche sich im Steigen befinden. Es braucht aber immer auch die Verfügbarkeit und die entsprechenden Opportunitäten. Wir werden dies der Pensionskasse Thurgau, in welcher der Regierungsrat nicht vertreten ist, entsprechend mitgeben. Meines Erachtens macht die Pensionskasse aber schon sehr viel. Allgemein kann man sagen, dass der Regierungsrat mustergültig unterwegs ist. Kantonsrat Toni Kappeler hat sogar von einem weissen Ritter gesprochen. Natürlich gibt es immer noch Möglichkeiten, mehr zu tun. Stichwort: EKT Holding. Der Regierungsrat ist nicht direkt im Verwaltungsrat vertreten. Ich gehe aber davon aus, dass die zwei anwesenden Verwaltungsräte die Botschaft gehört haben und sie entsprechend in den Verwaltungsrat einbringen werden. Der Regierungsrat würde dies selbstverständlich sehr unterstützen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.

Präsident: Wir haben die heutige Tagesordnung zu einem grossen Teil abgetragen. Die Ratssitzung vom 4. November 2020 fällt aus. Die nächste Ratssitzung findet am 18. November 2020 als Halbtages-sitzung in der Rüegerholzhalle in Frauenfeld statt.

Wie die Diskussionen in den Fraktionen gezeigt haben, ist es der Wunsch der grossen Mehrheit, bei einem Rücktritt eines Ratsmitgliedes an seiner letzten Sitzung weiterhin kurz auf sein Wirken im Grossen Rat zurückzublicken, auf das Verlesen des gesamten Rücktrittsschreibens aber zu verzichten. Dieses wird dem Informationsbulletin angeheftet. Diesen Input nimmt das Büro gerne wieder auf.

Für Kantonsrätin Brigitta Hartmann geht heute ihre über 16-jährige Ratszugehörigkeit zu Ende. Während ihrer Tätigkeit im Rat hat sie in 12 Spezialkommissionen mitgearbeitet. Von 2004 bis 2014 war sie Mitglied in der Justizkommission. Danach war sie in der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission tätig, in welcher sie bis 2019 Einsitz hatte. Wir danken Kantonsrätin Brigitta Hartmann für ihren Einsatz im Grossen Rat und wünschen ihr für die Zukunft politisch, beruflich und privat nur das Beste.

Es sind noch folgende Neueingänge mitzuteilen:

- Interpellation von Doris Günter, Corinna Pasche, Didi Feuerle, Elina Müller, Elisabeth Rickenbach und Peter Schenk mit 60 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 21. Oktober 2020 "Schutz und Prävention im Milieu".
- Interpellation von Toni Kappeler und Daniel Vetterli mit 54 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 21. Oktober 2020 "Stallbau im Spannungsfeld von Luftreinhaltung und Landschaftsschutz".
- Interpellation von Elina Müller und Nina Schläfli mit 32 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 21. Oktober 2020 "Sensibilisierung für Racial Profiling bei der Thurgauer Kantonspolizei".
- Einfache Anfrage von Josef Gemperle, Simon Wolfer und Toni Kappeler vom 21. Oktober 2020 "Bewilligungspraxis Leitungsführung Fernwärmenetze und andere Infrastrukturleitungen".
- Einfache Anfrage von Viktor Gschwend vom 21. Oktober 2020 "Quaggamuscheln in Thurgauer Seen".
- Einfache Anfrage von Cornelia Hasler, Nicole Zeitner und Sabina Peter Köstli vom 21. Oktober 2020 "Langsamverkehrskonzept: Wie steht es um den Alltagsradverkehr?".
- Einfache Anfrage von Brigitte Kaufmann und Hans Feuz vom 21. Oktober 2020 "Keine Fischgehege im Bodensee - Nein zu einer Fischmast im Bodensee!".
- Einfache Anfrage von Paul Koch vom 21. Oktober 2020 "Sichere Fussgängerstreifen im Kanton Thurgau - Umsetzung auf Kurs?".

- Einfache Anfrage von Stefan Leuthold und Beat Pretali vom 21. Oktober 2020 "Aufgabenteilung zwischen Wirtschafts- oder Berufsverbänden und Ämtern".
- Einfache Anfrage von Marianne Sax vom 21. Oktober 2020 "Arme Schweine in Kalchrain".
- Einfache Anfrage von Pascal Schmid und Oliver Martin vom 21. Oktober 2020 "Was blüht dem Thurgau mit dem neuen CO2-Gesetz?".
- Einfache Anfrage von Daniel Vetterli, Josef Gemperle, Urs Schär und Eveline Bachmann vom 21. Oktober 2020 "Bewilligung der Freilandhaltung von Schweinen, Hühnern und Mastpoulets im Kanton Thurgau".

Ende der Sitzung: 12.30 Uhr

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates